

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

Nr. 10

REVISIONISMUS KRITIK 2

DIE THESEN DES DKP-PARTEIVORSTANDES

KRITIK DES THESEN-ENTWURFS DES PARTEIVORSTANDES DER DKP ZUM DÜSSELDORFER PARTEITAG DER DKP (25. — 28. November 1971)

Zum kommenden Parteitag der DKP im November hat der Parteivorstand auf seiner 9. Tagung (3./4. Juli) einen Thesenentwurf vorgelegt.

Die vorgelegten 44 Thesen sollen dazu dienen, die mittlerweile zweieinhalb Jahre alte Grundsatzerklärung der DKP vom April 69 auf der Grundlage neuer Gegebenheiten (u. a. Regierungsantritt der SPD und "neue Ostpolitik") zu aktualisieren.

PV-Mitglied Mies stellte den Thesenentwurf auf einer Pressekonferenz als "marxistische Analyse neuer Entwicklungen der Wirtschaft und des Staates, der Politik und der Gesellschaft unseres Landes" vor (UZ, 7. 8.). Wie Mies sagte, ist der Entwurf das "Ergebnis der mehrmonatigen Arbeit einer vom Parteivorstand gewählten Kommission und einer zweitägigen Beratung des Parteivorstandes".

Die Arbeit an den Thesen scheint sich auf ein verkürzendes Zusammenfassen einer theoretischen Arbeit des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED beschränkt zu haben (siehe "Der Imperialismus der BRD", herausgegeben vom IfG beim ZK der SED, erschienen 1971 beim Verlag Marxistische Blätter in Frankfurt/M., 655 Seiten). Gegenüber dieser Arbeit enthält der Thesenentwurf nicht einmal neue Formulierungen, geschweige denn neue Inhalte.

Wie es heißt, sollen die Thesen "eine Anleitung zum Handeln, ein Kampfprogramm" sein, und weiter: "Mit den Thesen profiliert sich unsere Partei erneut als die marxistische Kampfpartei der Bundesrepublik, die als einzige Antworten auf die Gegenwart und Zukunft geben kann!" (Präsidiums-Mitglied Noetzel, UZ, 10. 7.).

Das ist ein großer Anspruch. Prüfen wir die Thesen also daraufhin.

"Demokratische Erneuerung" im Mittelpunkt

Es wird davon ausgegangen, "daß das nächste strategische Ziel unserer Partei die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft ist" (PV-Mitglied Gerns auf der 9. PV-Tagung). Der PV hat dieser "demokratischen Erneuerung" - wie Gerns weiter ausführte - in den Thesen einen "zentralen Platz" eingeräumt, und zwar auch deshalb, weil angeblich in der DKP zuviel "vom sozialistischen Ziel gesprochen" wird, "aber nicht genügend auf die notwendige vermittelnde Rolle des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie und konkrete antimonopolistische Kampfforderungen verwiesen wird." (Text des Beitrages von Gerns in UZ, 24. 7.).

Der DKP-Parteivorstand legt Wert darauf, daß es vom

staatsmonopolistischen Kapitalismus (= Imperialismus) zum Sozialismus keinen "unvermittelten Übergang" geben kann und erklärt von daher die Notwendigkeit einer "Durchgangsphase", nämlich der "antimonopolistischen Demokratie", die durch die "Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals" erreicht werden soll, und zwar "auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte" (These 10).

Anscheinend muß hier geklärt werden, was denn überhaupt sozialistische Revolution heißt. Es ist ganz undenkbar, daß die sozialistische Revolution jemals mit einem Sprung aus dem Kapitalismus heraus den Sozialismus total verwirklichen könnte. In der sozialistischen Revolution wird die Herrschaft der Kapitalistenklasse gestürzt, aber Elemente des Kapitalismus werden langfristig weiter existieren. Niemand wird bezweifeln, daß z. B. die Oktoberrevolution in Rußland 1917 eine sozialistische Revolution war, aber sie ließ die privatwirtschaftende Bauernschaft noch bestehen. In der VR Polen ist noch heute die Landwirtschaft zu über 80% in privater Hand, aber die VR Polen wird dennoch von der DKP dem "sozialistischen Lager" zugerechnet. In der DDR selbst ist das Handwerk zu über 50% noch privatwirtschaftlich, der Einzelhandel zu 11%. Von den Industriebetrieben der DDR sind 12% halbstaatlich oder privat. Neben dem Volkseigentum besteht in Landwirtschaft und Handwerk das genossenschaftliche Eigentum.

Keine Revolution kann auf Anhieb den Privatbesitz an Produktionsmitteln völlig aufheben. Insofern kann die sozialistische Revolution stets nur die Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen, aber noch nicht unmittelbar diesen selbst. Neben dem Volkseigentum bleiben andere Eigentumsformen noch längere Zeit bestehen.

Aus der ganz allgemeinen Tatsache, daß die sozialistische Revolution nur an den Sozialismus heranhöhrt, aber noch keineswegs diesen selbst "in einem großen Sprung", "mit einem großen Schritt" (Gerns) verwirklicht, folgt an sich noch nicht die Notwendigkeit einer besonderen strategischen Etappe vor der sozialistischen Revolution.

Es ist zu fragen, was die Einführung des Begriffs "demokratische Erneuerung" für die BRD konkret bedeuten soll.

Imperialismus ist unmittelbare Vorstufe des Sozialismus

In der BRD befanden sich schon 1966 knapp 75% des gesamten Produktivvermögens im Besitz von 1,7% der privaten Haushalte (laut FR vom 28. Juli). Aus derselben Untersuchung geht hervor, daß über die Hälfte (54%) des gesamten Produktivvermögens im Besitz von 0,15% der Haushalte ist. Diese Zahlen zeigen, daß die Konzentration von Kapital und Produktion in der BRD bereits einen so hohen Grad erreicht hat, daß die Aufhebung des monopolkapi-

talistischen Eigentums der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln überhaupt schon sehr nahe kommt. Das bestätigt die Voraussage Lenins: "In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus).

Daraus kann nicht die Erfindung einer besonderen Etappe oder "Durchgangsphase" ("antimonopolistische Demokratie") folgen. Es zeigt sich im Gegenteil, daß die Entmachtung des Monopolkapitals heute nur noch als sozialistische Revolution denkbar ist. Würden diese 75% des Produktivvermögens dem Monopolkapital entrissen und in Volkseigentum verwandelt werden, so würde das - auch bei zeitweiliger Fortexistenz anderer Eigentumsformen insbesondere des Einzelhandels, Handwerks und Landwirtschaft - bereits den Sozialismus im Sinne der üblichen Definition bedeuten müssen.

Lenin hat das so ausgedrückt: "... der staatsmonopolistische Kapitalismus (ist) die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ..., denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr ... Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als das staatsmonopolistische Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein..." (Lenin, Werke Bd. 25, S. 369/70).

Daß Lenin hier gegen die Strategie der "demokratischen Erneuerung" spricht, ist offensichtlich, und hat auch den Revisionisten einiges Kopfzerbrechen gemacht.

Revisionistische Haarspalterei

Mit dem folgenden politisch-ideologischen Salto Mortale versuchen sie aus der Klemme zu kommen: Zwischenstufen zwischen Kapitalismus und Sozialismus könne es allerdings nicht geben, aber die "demokratische Erneuerung" sei auch keine Stufe, sondern vielmehr "realer Übergang von einer Stufe zur anderen" (Der Imperialismus der BRD, s. o., S. 564), oder - anders ausgedrückt - eine "Durchgangsphase, in der die Herrschaft des Monopolkapitals beseitigt und der Weg zum Sozialismus geöffnet wird" (These 10).

Im Begriffsgebrauch der Thesen selbst liegt eine Zweideutigkeit, die eine derartige Argumentation ermöglicht. Gleichzeitig werden nämlich die Begriffe "demokratische Erneuerung" und "antimonopolistische Demokratie" in den Thesen verwendet, von denen die erste Bewegung, die zweite einen Zustand bedeutet. Man könnte meinen, daß die "demokratische Erneuerung" der Weg ist, um zur "antimonopolistischen Demokratie" zu gelangen. Aber das entspricht nicht dem Sinn der Thesen, die beide Begriffe in der Regel synonym (mit gleichem Wort-Inhalt) verwenden. Sonst wäre es auch nicht sehr sinnvoll, die "demokratische Erneuerung" als ein "strategisches Ziel" zu bezeichnen (Gerns). Denn von strategischen Zielen kann nicht mit Bezug auf Bewegungen (Entwicklungen) gesprochen werden, sondern nur in Bezug auf bestimmte Etappen.

Keinerlei Mißdeutungen sind mehr möglich, wenn ausdrücklich von der "Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie", von der "Konstituierung einer antimonopolistischen Demokratie", von einer "anti-imperialistisch-demokratischen Ordnung" gesprochen wird. (BRD-Imperialismus, S. 567). Wenn von der "Errich-

tung der neuen Staatsmacht antiimperialistischer Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse (BRD-Imperialismus, S. 567) und von der "Ersetzung" der Macht des Großkapitals "in dieser Kampfetappe ... durch eine antimonopolistische Macht" (Gerns) gesprochen wird, muß das Gemeinte noch eindeutiger werden. Festzuhalten ist schließlich folgende Kennzeichnung: "Die antimonopolistische Demokratie ist zwar noch kein Sozialismus, es bestehen auch noch keine sozialistischen Eigentumsverhältnisse, sie ist aber auch nicht als Etappe oder Phase des Kapitalismus möglich" (BRD-Imperialismus, S. 567).

Wenn die "antimonopolistische Demokratie" einen besonderen Staat mit besonderen Eigentumsverhältnissen voraussetzt, die sich sowohl von den kapitalistischen wie auch von den sozialistischen Gegebenheiten unterscheiden, so ist es zweifellos nicht einfach Übergang, eine Bewegungsform, sondern in der Tat eine eigene Zwischenstufe, die hier angestrebt wird. Andernfalls wäre es unsinnig von der Errichtung einer besonderen Staatsmacht zu reden. Die Kennzeichnung dieses besonderen Staats und dieser besonderen Eigentumsverhältnisse nicht als Stufe, sondern als "Durchgangsphase" ist eine sophistische Haarspalterei mit dem einzigen Zweck, die Abkehr von Lenin zu bemänteln.

Bekanntlich sah Marx den Sozialismus insgesamt nur als "Übergangsperiode" an, und Lenin erklärte, daß die Diktatur des Proletariats "bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr" sei (Staat und Revolution, Kap. V). Niemand hat deswegen bisher behauptet, daß der Sozialismus keine besondere historische Stufe, sondern nur ein "Übergang von einer Stufe zur anderen" sei. Eine besondere gesellschaftliche Ordnung, mit besonderer Staatsmacht und besonderen Eigentumsverhältnissen zwischen Kapitalismus und Sozialismus - das ist eben eine Zwischenstufe, in dem Sinn, wie Lenin das Wort gebraucht.

REVOLUTION TABU

Diese Zwischenstufe wird von den Revisionisten zu dem Zweck eingeführt, über die sozialistische Revolution hinwegzureden, die in ihrer Programmatik schlechterdings nicht mehr vorkommt. Die Zwischenstufe nämlich wird durch eine "antimonopolistische Umgestaltung" erreicht, und wächst dann ihrerseits in den Sozialismus hinüber.

Der Begriff "Revolution" selbst kommt in den Thesen des Parteivorstandes überhaupt nicht vor. Dieses Wort mögen die Revisionisten überhaupt nicht, es sei denn in der historischen Vergangenheitsform. Offenbar gab es eine deutsche Revolution von 1848, eine russische Revolution von 1917 - aber in der Zukunft scheint es keine Revolutionen mehr geben zu sollen. Da taucht selbst die deutsche Übersetzung von "Revolution", nämlich Umwälzung, nur ein einziges Mal in den Thesen auf.

Ansonsten ist immer von "Umgestaltung" und "Erneuerung" die Rede, die ebenso wie die Formel vom "Zurückdrängen" des Monopolkapitals eindeutig auf Evolution (reformistische Entwicklung) statt auf Revolution (gewaltsame Umwälzung) hinweisen. Durch den "Kampf um Reformen" will der DKP-Parteivorstand "allmählich das Kräfteverhältnis zugunsten der demokratischen Kräfte verändern" (These 11).

Eine ganz neue "Theorie" über den Reformismus

"Der Kampf um Reformen wird zur Bewegungsform der Revolution" (BRD-Imperialismus, S. 623) - das ist eine zentrale These des Revisionismus. Wer so redet und entsprechend handelt, muß in letzter Konsequenz zur "Schlußfolgerung" kommen, daß Reform und Revolution "unter den aktuellen Bedingungen" wohl gar nicht so sehr voneinander unterschieden, sondern fast identisch sind. Und das wird wirklich behauptet:

"Unter den heutigen objektiven Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bildet sich ein neues Verhältnis zwischen Revolution und Reform heraus. Der wachsende Einfluß des Sozialismus und der Druck der inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus führen dazu, daß der Kampf um echte politische und ökonomische Reformen zu einer ernsthaften Gefahr für die Monopole wird. Die demokratischen Alternativforderungen der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbündeten Volksschichten gehen über den Rahmen üblicher Reformen hinaus. ... Bei grundlegenden demokratischen Reformen wird die Grenze zwischen Reform und Revolution immer fließender." (Die westdeutschen Gewerkschaften und das Staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945-1966, Berlin/DDR 1968, S. 21/22).

Warum soll dann nicht auch - wie die Revisionisten ihren Traum weiterspinnen - die Möglichkeit bestehen, "daß von der Position des Reformismus aus demokratische Alternativlösungen formuliert werden, die dem Klassenkampf gegen das imperialistische Herrschaftssystem immer größeren Spielraum verschaffen (ebenso, S. 143). Das läßt dann die Reformisten, "die einst mit ihrer Politik die hemmende, reaktionäre Linie in der Arbeiterbewegung verkörperten, zu Vertretern einer kämpferischen, antimilitaristischen und demokratischen Richtung werden" (ebenso, S. 143). Auch der Reformismus hätte dieser These zufolge seinen Charakter geändert und hätte somit eine historische Berechtigung gewonnen.

Es ist demnach konsequent, daß in den Thesen des Parteivorstandes der DKP die Gefährlichkeit des Reformismus und zwar gerade unter den Bedingungen des Imperialismus, mit keinem Wort auch nur erwähnt wird. Kritisiert wird ausschließlich die "Ideologie der rechten SPD-Führer" (These 40), nicht aber auch der "linke" Reformismus (Jusos, Teile der Gewerkschaftsführung) als Stütze dieser Ideologie.

Kennzeichen des Reformismus ist aber gerade, daß er Forderungen aufstellt, die "über den Rahmen üblicher Reformen hinaus" zu gehen scheinen. Denn diese Forderungen sollen ja angeblich "das System sprengen", "systemtransformierend", "systemüberwindend" wirken. Natürlich wäre z.B. die Forderung nach "Wirtschaftsdemokratie" - wie sie in den 20er Jahren von den Reformisten erhoben wurde - niemals im Kapitalismus zu verwirklichen gewesen. Das änderte aber ihren reformistischen Charakter nicht, sondern machte ihn geradezu aus. Ebenso ist es heute mit der "Mitbestimmungs"-Programmatik, die nichts anderes als eine kaum veränderte zweite Auflage der "Wirtschaftsdemokratie" ist.

Die "demokratische Erneuerung" - das ist die Ersetzung der sozialistischen Revolution durch eine Strategie der Reformen, wobei die "Mitbestimmung" eine zentrale Rolle spielt. "Die Grenzen" des modernen Revisionismus zum Reformismus "werden immer fließender" - die beiden verschmelzen miteinander.

GEFÄHRLICHE ILLUSIONEN !

Mit seiner "Umgestaltung" und "Erneuerung" verbreitet der DKP-Parteivorstand gefährliche Illusionen über den Charakter des Kampfes gegen das Monopolkapital. Denn

je höher der Grad der Konzentration der Produktion und Zentralisation der Produktion im Imperialismus ist, um so klarer ist auch, daß dessen Macht nur durch eine gewaltsame Revolution gebrochen werden kann.

Davon will der DKP-Parteivorstand nichts wissen.

In der "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft", in der "antimonopolistischen Demokratie" hat er eine "Durchgangsphase" erfunden, in der angeblich unter Vermeidung einer sozialistischen Revolution der Imperialismus fast schon bruchlos in den Sozialismus "hinüberwächst".

In seiner Rede auf dem VII. Kongress der KOMINTERN (August 1935) wies Dimitroff darauf hin: "die Rechtsopportunisten versuchen, ... ein besonderes 'demokratisches Zwischenstadium' zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterklasse die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu wecken."

Darum geht es also bei der "demokratischen Durchgangsphase" des DKP-Parteivorstandes. Daß dabei mit den Begriffen "Umgestaltung" und "Erneuerung" statt "Revolution" bzw. "Umwälzung" gearbeitet wird, ist nur konsequent.

In der DKP-Grundsatzerklärung vom April 1969 fand sich immerhin noch der folgende wichtige Hinweis:

"Die DKP erstrebt den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg. Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten." (Abschnitt 3).

In den jetzt vorliegenden Thesen dagegen ist jeder Hinweis auf die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Konfrontation mit dem Imperialismus unter den Tisch gefallen. Hierin macht sich wohl auch der Erfolg der imperialistischen Taktik bemerkbar, die DKP-Führung durch Verbotsdrohungen immer weiter in die rechtsopportunistische Ecke zu drängen.

Diese Leute maßen sich aber an, der Arbeiterklasse "als einzige Antworten geben zu können". Was sie in Wirklichkeit tun, ist: Verwirrung stiften, um die entscheidenden Dinge herumreden, Illusionen verbreiten !

"Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab."

Wenn es richtig ist, daß der Imperialismus den Drang zu Gewalt und Unterdrückung nach innen und außen beinhaltet, so kann nicht bezweifelt werden, daß eine gewaltsame Konfrontation mit dem Imperialismus unvermeidlich oder jedenfalls sehr wahrscheinlich ist. Der Imperialismus läßt sich nicht "zurückdrängen". Wo seine Macht ernsthaft in Frage gestellt wird, da reagiert der Imperialismus mit Gewalt. "Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen ummodellieren könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt, ohne riesige Erschütterungen umgestalten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab." (Lenin, Rede in einer Festsetzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Bd. 30)

Den Arbeitern eine Antwort, eine Perspektive für die Zukunft zu geben, das erfordert, die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Konfrontation mit dem Imperialismus ernsthaft und verantwortungsbewußt darzulegen.

Wir haben heute in drei Ländern Europas den offenen Faschismus, nämlich in Spanien, Griechenland und Portugal. In Frankreich zeigte der Imperialismus im Mai 1968 durch Bereitstellung von Fallschirmjägern und Panzertruppen seine konterrevolutionäre Entschlossenheit. In Italien ist die Existenz imperialistischer Staatsstreich- und Bürgerkriegspläne wiederholt nachgewiesen worden. In der BRD sind bzw. werden mit den Notstandsgesetzen, Umrüstung des Grenzschutz zur Bürgerkriegstruppe, Zentralisierung der Polizei u. a. entsprechende Maßnahmen getroffen.

An diesen Tatsachen muß die Strategie einer "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" gemessen werden.

Die Begründung der Revisionisten für die Einführung einer besonderen Zwischenstufe, d. h. der "antimonopolistischen Demokratie" zwischen Imperialismus und Sozialismus, ist im wesentlichen die folgende:

① Der Kampf der Arbeiter "richtet sich zwangsläufig zunächst auf Teillösungen und nach erreichten Teilerfolgen wiederum auf das nächste Problem und auf den Ausbau und die Sicherung des Erreichten" (BRD-Imperialismus, S. 565). Daher sei es notwendig, die Arbeiter und übrigen Werktätigen "durch das Ringen für grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen an die Notwendigkeit des Sozialismus und den Kampf um den Sozialismus heranzuführen" (These 10).

② "Die durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus potenzierte Macht des imperialistischen Herrschaftssystems ist die entscheidende Ursache dafür, daß es... nicht möglich ist, mit einem Sprung zur Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus, zu kommen" (BRD-Imperialismus, S. 566).

③ die Existenz "tiefer ökonomischer und auf Grundlage unvermeidlicher politischer Widersprüche" zwischen 99% (!) der Bevölkerung einerseits und der Monopolbourgeoisie andererseits. Dadurch ergeben sich angeblich völlig neue Perspektiven für die Bündnispolitik bei Durchführung "antimonopolistischer Umgestaltungen" (BRD-Imperialismus, S. 339)

Die "Klassenanalyse" des Revisionismus

Betrachten wir hier zunächst das dritte Argument.

Bekanntlich machen die Revisionisten einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Kapitalistenklasse insgesamt einerseits und dem Monopolkapital im besonderen andererseits. Die nichtmonopolistische Bourgeoisie (kleine und mittlere Unternehmer) verbindet nach Meinung der Revisionisten mit der Arbeiterklasse "das gemeinsame Interesse an Frieden und Demokratie". Daher ist dieser Teil der Kapitalistenklasse "in die demokratische Bewegung einzubeziehen" (DKP-Grundsatzerklärung, Abschnitt 4). Als Hauptwiderspruch wird derjenige zwischen der "Mehrheit des Volkes" (genannt werden: Arbeiterklasse, Intelligenz, Bauern und Mittelschichten) einerseits und der "zahlenmäßig kleinen Spitzengruppe der Herrscher von Industrie, Banken und Staat" andererseits aufgefaßt. (These 35).

Die Differenzierung zwischen verschiedenen Schichten der Kapitalistenklasse ist sinnvoll. Wie Lenin schrieb, ist der Imperialismus "der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals", und weiter: "Die grundlegende Besonderheit des modernen Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer" (Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.)

Dennoch spricht Lenin durchgehend von der Herrschaft der Bourgeoisie (= Kapitalistenklasse) und von der bürgerlichen Diktatur. Und auch das erscheint sinnvoll.

Zwar übt natürlich nicht die gesamte Bourgeoisie die Herrschaft aus, sondern eben die Monopol-Bourgeoisie. Aber sie tut das im Interesse der gesamten Klasse.

Der kleine und mittlere Kapitalist stöhnt unter der Konkurrenz der "Großen" - aber zugleich garantieren ihm diese seine Fortexistenz als Ausbeuter fremder Arbeitskraft. Vor die Wahl gestellt zwischen Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Bourgeoisie (der Monopol-Bourgeoisie) entscheidet er sich in der Regel für letztere. Die Einbeziehung der nichtmonopolistischen Bourgeoisie in eine demokratische Bewegung ist illusorisch - sofern hier von ihrer Einbeziehung als Klasse, nicht aber vom Herausfallen einiger Individuen aus ihrer Klasse gesprochen wird. (Friedrich Engels z. B. war Fabrik-Besitzer).

Wir Kommunisten halten es mit der Aussage von Marx und Engels: "Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich... dadurch aus, daß sie die Klassegegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat." (Manifest der Kommunistischen Partei). Der Hauptwiderspruch liegt zwischen jenen, die die Produktionsmittel besitzen, und jenen, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind.

DKP kontra Marx & Engels

Dieser Aussage von Marx und Engels stellt der Parteivorstand der DKP offenbar ganz bewußt - unter Benutzung fast des gleichen Wortlautes! - seine These 35 entgegen: "Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus spaltet sich die Gesellschaft immer sichtbarer in zwei objektiv feindliche Lager: die mächtige, aber zahlenmäßig kleine Spitzengruppe der Herrscher von Industrie, Banken und Staat auf der einen und der Mehrheit des Volkes auf der anderen Seite." In der Thesen-Vorlage des SED-Instituts heißt es noch um einiges deutlicher: "Heute stehen sich nicht mehr nur Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat als unversöhnliche Antipoden gegenüber; heute hat sich dieser Widerspruch ausgeweitet zu einem Antagonismus zwischen der staatsmonopolistischen Oligarchie und allen nichtmonopolistischen Klassen" und weiter: "Zwischen der Monopolbourgeoisie, die nur 0,02% der Bevölkerung ausmacht, und allen übrigen Klassen und Schichten, die über 99% der Bevölkerung umfassen, bestehen tiefe ökonomische und auf ihrer Grundlage unvermeidlich politische Widersprüche."

Hier ist also die Frage des Besitzes an Produktionsmitteln bzw. des Zwangs zum Verkauf der Arbeitskraft nicht mehr das entscheidende Kriterium. Die "orthodoxe" Unterscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird weitgehend hinfällig. Indessen waren Marx und Engels durchaus imstande, die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus richtig einzuschätzen. Daß die Bourgeoisie "die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert", daß hieraus als "notwendige Folge" auch "eine politische Zentralisation" folgt, daß die Mittelschichten und kleinen Industriellen "der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegen" und ruiniert werden, steht bereits im "Manifest der Kommunistischen Partei".

Marx und Engels sahen aber auch - was die Revisionisten nicht wahrhaben wollen - daß "von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse" ist. "Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zu-

rückzudrehen." (Manifest). Revolutionär - so Marx und Engels whiter - sind diese Klassen nur, wenn sie sich "im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat" auf dessen Klassenstandpunkt stellen.

(Diese Problematik soll hier nicht weiter vertieft werden, da sie in unserer "Kritik am Studienmaterial Nr. 1. des AMS-Spartakus" ausführlicher behandelt worden ist.)

Was ist die langfristige Tendenz des Imperialismus?

In den Thesen vermißt man jeden Hinweis darauf, daß es in Deutschland einmal die faschistische Diktatur, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung gegeben hat, und daß eine solche Gefahr auch für die Zukunft besteht.

Das aber hat auch Konsequenzen für den demokratischen- und Friedenskampf in der BRD. Dieser kann in der langfristigen Perspektive nur als sozialistischer Kampf erfolgreich geführt werden.

Was aber in den Thesen über den demokratischen- und Friedenskampf ausgesagt wird, widerspiegelt nur die Unsicherheit und Konfusion des Parteivorstandes der DKP. Einerseits werden die allgemeinen Tendenzen des Imperialismus einigermaßen richtig bei Lenin abgeschrieben: die Angriffe auf die demokratischen Rechte werden verstärkt, die Verflechtung des Monopolkapitals mit der Staatsbürokratie werden immer enger (These 1), die zunehmende Militarisierung (These 23).

Es heißt aber dann, "im System imperialistischer Machtausübung" sei "gegenwärtig das Bemühen in den Vordergrund getreten, die Arbeiterklasse durch Reformversprechungen... an das staatsmonopolistische System zu binden" (These 5). Es seien - vor allem durch die Verträge von Moskau und Warschau - "günstige Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden in Europa" entstanden (These 21). "Von den beiden stets gleichzeitig vorhandenen Methoden imperialistischer Herrschaft, der Methode der Gewalt und der Methode der Kompromisse und Zugeständnisse, muß der Imperialismus entgegen seinem Wesen immer häufiger der zweiten einen gewissen Vorzug geben..."

FORTSETZUNG SEITE 7

Aktionseinheit und politisch-ideologischer Kampf

In der These 41 heißt es u.a. "Eine wichtige Aufgabe der ideologischen Arbeit sieht die DKP im Kampf gegen anarchistische und sektiererische Tendenzen, gegen den Trotzismus und Maoismus in der Bundesrepublik... Eine Zusammenarbeit mit den Führungskräften solcher Gruppen, die die Gewerkschaften und die DKP bekämpfen, die die Arbeiterklasse weiter spalten wollen und mit der gesamten Reaktion den realen Sozialismus verleumden, kann es nicht geben."

Damit hat der PV der DKP die seit langem geübte Praxis gegenüber kommunistischen Organisationen und Gruppen auch grundsätzlich für verbindlich erklärt. Dieser Beschluß gegen die Aktionseinheit unterscheidet sich von dem entsprechenden Münchner Beschluß der SPD nur insoweit, als das Verbot der Zusammenarbeit offiziell auf sogenannte "Führungskräfte" beschränkt wird. Da es aber selbstverständlich ist, daß gemeinsame Aktionen, Kundgebungen, Kampagnen usw. mit den Leitungen solcher Organisationen abgesprochen werden müßte, kommen Münchner Beschluß und These 41 in der Praxis auf ein und dasselbe schädliche Ergebnis.

These 41 dokumentiert zugleich Arroganz und Schwäche des Revisionismus. Es ist kaum sehr logisch, wenn die UZ der DKP vom 28. 8. 71 gegenüber den Münchner Beschlüssen der SPD u.a. betont: "... wir sehen in den gegensätzlichen ideologischen Positionen kein Hindernis zur politischen Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten" - aber zugleich in der Praxis genauso verfährt wie die SPD-Führung.

Lächerlicherweise gleichen sich sogar ihre "Argumente" gegen die Aktionseinheit aufs Haar. Die SPD-Führer behaupten stets, daß "die Kommunisten es mit ihren Vorschlägen nicht ernst meinen", daß "die kommunistischen Angebote nur ein Manöver sind", daß man "mit Kommunisten nicht zusammenarbeiten darf", weil diese die SPD bekämpfen" usw. usf.

Die DKP-Führer behaupten: "Unter dem Deckmantel der Aktionseinheit versuchen sie (gemeint sind SALZ und KAB), günstigere Bedingungen für eine Spaltung der revolutionären Arbeiterbewegung zu schaffen." (UZ, 4. 9. 71, S. 14). Während einer Demonstration Hamburger Kommunisten am 27. 8. zum 15. Jahrestag des KPD-Verbots ließ der Landesvorstand der DKP ein Flugblatt verteilen, in dem diese Demonstration als "gegen die Interessen der Hamburger Arbeiter gerichtetes Komplott" beschimpft wurde, dessen "Hintergründe und Hintermänner" der Landesvorstand der DKP "zum gegebenen Zeitpunkt vor den Arbeitern enthüllen" würde. Es wurde nicht einmal davor

zurückgeschreckt, wider besseres Wissen zu behaupten, die "Gruppen um das SALZ" seien "die Ableger jener Westberliner SDS-Nachfolger, die kürzlich in Westberlin eine Spalterpartei gründeten und dabei unter Ausnutzung des KPD-Verbots der KPD den Namen stahlen."

In provokatorischer Weise bemühen sich die DKP-Führer, Kommunisten innerhalb und außerhalb der DKP gegeneinander aufzuheizen und uns von unseren Bemühungen um die Aktionseinheit abzubringen. Wir werden ihnen den Gefallen nicht tun. Freche Lügen und leere Drohungen der DKP-Führer können daran nichts ändern.

Wir werden den politisch-ideologischen Kampf gegen den Revisionismus der DKP-Führer verstärken, nachdem dieser Kampf bei uns bisher etwas zu kurz gekommen ist.

Außer dem Artikel in diesem Heft zu den Thesen der Parteivorstandes, sind in Vorbereitung:

REVISIONISMUSKRITIK 3. Enthält u. a. folgende Texte:

Zur Strategie der demokratischen Erneuerung (eigener Nachdruck)

Zur Entwicklung der KPD und SED (Nachdruck eines Textes der ehemaligen kommunistischen Gruppe "Spartakus" aus dem Jahre 1967)

Zur Geschichte der KPD seit 1933.

Das KPD-Verbot und seine Folgen

DKP kontra Kommunisten (Dokumentation)

REVISIONISMUSKRITIK 4

Der "Osthandel" des westdeutschen Imperialismus in seiner politischen und ökonomischen Bedeutung.

Zur Kritik des "sozialistischen Lagers".

Insgesamt gewinnt ... als Mittel staatsmonopolistischer Machtausübung die Reformpolitik in verschiedenen Schattierungen deutlich an Gewicht. ... (BRD-Imperialismus, S. 121). Wie sich das mit einer andern Äußerung verträgt, wo auf die "stärkere Orientierung des Monopolkapitals auf die Methode der Gewalt" (BRD-Imperialismus, S. 219) hingewiesen wird, ist ungewiß.

Es kann schwerlich Hauptaufgabe der Kommunisten sein, darüber zu reden was "im Vordergrund" steht, d.h. über die momentane äußere Hülle des BRD-Imperialismus. Vielmehr haben sie zu zeigen, was im Hintergrund steht und damit ausschlaggebend ist für die gegenwärtige und zukünftige gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. Hier scheinen sich die Revisionisten jedoch selbst nicht ganz sicher zu sein. Die Reformpolitik des Imperialismus scheinen sie für eine langfristige Tendenz zu halten, obwohl das ihren eigenen Analysen widerspricht.

Diese Tendenz sei begründe in der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, der erfolgreichen Entwicklung in der Sowjetunion und DDR und auch (!) in der wachsenden "Unruhe" in der Arbeiterschaft. "Diese Entwicklung zwingt das Großkapital, sich der neuen Lage anzupassen" (These 5). Ebenso wird die Tendenz der Verträge von Moskau und Warschau zur "Anerkennung der Realitäten" als langfristig dargestellt, eine Tendenz also, die "günstige Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden" noch bei Fortexistenz des Imperialismus bieten soll (These 21).

"ZWEI FRAKTIONEN" – THEORIE spukt weiter

Unvermeidlich, daß hier auch die Theorie von den "zwei Fraktionen der Großbourgeoisie" aufgewärmt wird. Eine Fraktion (Teil, Gruppierung) des Imperialismus sei "über die mögliche Dynamik der Entwicklung besorgt". Das seien "vornehmlich die Vertreter der Rüstungsmonopole", aus Furcht, "daß ihnen die Verträge Fesseln für ihre aggressiven Ziele anlegen" könnten. Dagegen sei eine andere Fraktion des Imperialismus "zu einer mehr realistischen Beurteilung der Situation" gelangt. (These 25) Diese Erklärung ist zumindest - wohlwollend ausgedrückt - arg mißverständlich. Denn diese Erklärung beinhaltet ja, daß die eine Fraktion des Imperialismus in den Verträgen von Moskau und Warschau wohl keine Fessel für ihre aggressiven Ziele sieht und durchaus nicht besorgt ist. Und von dieser Fraktion wird gesagt, sie habe "eine mehr realistische Beurteilung der Situation"!

Seltsam genug. Bisher hatte die DKP noch behauptet: "Der Moskauer Vertrag bedeutet eine Fessel für die Militaristen, für die Kräfte des Krieges, für die Feinde jeder demokratischen Reform. ... Er schadet denen, die sich an der Rüstung gesund stoßen, die den Profit über das Leben der Mitmenschen stellen" (Werbeschrift der DKP für die "Fünf großen Vorteile des Moskauer Vertrages"). Wäre das richtig, so wäre doch offensichtlich jene Fraktion des Imperialismus die realistischere, die "über die mögliche Dynamik der Entwicklung besorgt" ist? Indessen ist das ganze Gerede von "Fraktionen" unsinnig, ebenso wie die Revisionisten auch einen sehr seltsamen Begriff von "Realismus" haben.

LENIN – Original und Fälschung

Zur Rechtfertigung ihrer seltsamen Theorie von den "zwei Fraktionen" schrecken die Revisionisten nicht einmal davor zurück, die Aussagen Lenins zu verfälschen. So fabulierte DKP-Vorsitzender Kurt Bachmann in seinen Ausführungen zum Thesen-Entwurf auf der 9. PV-Ta-gung am 3./4. Juli:

"Wir beachten die Hinweise Lenins, daß es der

Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein kann, welche Fraktion der Bourgeoisie die Macht ausübt. ..."

Es gibt keine solchen "Hinweise"! Was Lenin sagte, war vielmehr: Die Kapitalistenklasse hat zwei Methoden des Regierens entwickelt, nämlich die der offenen Gewalt einerseits und die der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen andererseits. Von diesen sei die letztere Methode die für das Proletariat günstigere. Lenin wies die Auffassungen einiger Anarchisten zurück, "daß die Form der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei" (das Wort "Form" ist bei Lenin hervorgehoben!), denn - so begründete Lenin - "eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt." (Staat und Revolution, Kap. IV, Abschn. 5). Lenin spricht hier also von der Form der Klassenherrschaft, nicht aber von der Existenz von Fraktionen der Kapitalistenklasse. Die Existenz von Fraktionen scheint eine Erfindung Dimitroffs zu sein, die von einigen Leuten seither beharrlich und unbelehrbar fortgeschleppt wird.

Lenin sprach auch davon, daß die Methode der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen für den Klassenkampf gewisse Schattenseiten birgt. Lenin zitierte hier Pannekoek, der festgestellt hatte: "Das positive reale Ziel der liberalen Politik der Bourgeoisie ist die Irreführung der Arbeiter, ist das Hineintragen von Spaltung in ihre Mitte, ist das Verwandeln ihrer Politik in ein ohnmächtiges Anhängsel des ohnmächtigen, stets ohnmächtigen und ephemeren Scheinreformertums". Lenin fügt hinzu: "Nicht selten erreicht die Bourgeoisie für eine gewisse Zeit ihr Ziel mit Hilfe der 'liberalen' Politik, die - wie Pannekoek richtig bemerkt - eine 'schlauere' Politik darstellt. ... Die Zickzackwege der bürgerlichen Taktik haben eine Stärkung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zur Folge und führen nicht selten die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung bis zur direkten Spaltung."

Lenin erklärt sogar unmißverständlich: als die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1890 von der "harten" Politik des Sozialistengesetzes zur Methode scheinbarer Zugeständnisse übergang, da "erwies sich - wie immer - diese Wendung als noch gefährlicher für die Arbeiterbewegung, das sie den ebenso einseitigen Wiederhall des bürgerlichen 'Reformertums' hervorrief: den Opportunismus in der Arbeiterbewegung." (vorstehende Zitate aus: Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, Dezember 1910)

Nur die Vorteile der Methode der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen für das Proletariat hervorzuheben - wie das die Revisionisten zu allen Zeiten getan haben - muß notwendigerweise einseitig und irreführend bleiben. Mit Bezug auf die Politik der SPD/FDP-Regierung mußte also gesagt werden, daß sie zwar günstigere Möglichkeiten für den Klassenkampf der Arbeiter und ihrer Organisationen eröffnet hat, auf der anderen Seite aber auch die gesteigerte Gefahr einer Irreführung der Arbeiter beinhaltet und daher besondere Anforderungen an die Agitation und Propaganda der Kommunisten stellt.

Die Legende vom "gemäßigten" Imperialismus

Die "Zwei Fraktionen"-Theorie hat ihren konkreten Ausdruck vor allem in der sowjetischen Außenpolitik gefunden. Unvergessen sind die Worte Chruschtschows, mit denen er die "Vernunft" und das "Verantwortungsbewußtsein" Präsident Kennedys anpries, während dieser den Krieg in Vietnam entscheidend ausweiten ließ, den Bürger-

krieg in Laos anheizen ließ, das sozialistische Kuba 1961 zunächst überfallen und ab 1962 blockieren ließ usw. usf. Und Breshnew erklärte auf der sogenannten "Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien" (Moskau, Juni 69): "Wir unterscheiden im kapitalistischen Lager auch einen gemäßigten Flügel. Die Vertreter dieses Flügels, die zwar unsere klassenmäßigen ideologischen Gegner bleiben, schätzen das gegenwärtige Kräfteverhältnis in der Welt nüchtern genug ein und sind geneigt, nach gegenseitig annehmbaren Lösungen für internationale Streitfragen zu suchen. Unser Staat trägt diesen Tendenzen in seiner Außenpolitik Rechnung..."

Hierin ist bereits der Gedanke enthalten, daß bei Vorherrschaft dieser angeblichen "Fraktion" (Flügel) die Kriegsgefahr durch "gegenseitig annehmbare Lösungen" (d.h. Lösungen, die sowohl für das "sozialistische Lager" wie auch für die Imperialisten "annehmbar" sein sollen - das ist an sich schon recht seltsam!) endgültig gebannt werden könnte.

In Fortführung dieses Gedanken wird in den Thesen des DKP-Parteivorstandes behauptet: "Die Chancen sind gewachsen, den Imperialismus an der Anwendung militärischer Gewalt zu hindern. Es bestehen jetzt reale Möglichkeiten, ... zu Vereinbarungen über eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker Europas vorwärtzuschreiten..." (These 26)

LENIN...

Zwar war Lenin der Meinung, "daß Kriege unvermeidlich sind, solange die Gesellschaft in Klassen geteilt ist" (Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung, Juli 1905), daß sich die Kommunisten von den bürgerlichen Pazifisten unterscheiden "durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen" (Sozialismus und Krieg, August 1915), Lenin war auch der Meinung: "Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben" (Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR/B, Dezember 1920).

... und seine "Widerleger"

Diese Auffassungen Lenins haben jedoch nach Meinung der Revisionisten heute keine Gültigkeit mehr, da das "sozialistische Lager" existiert und ein Weltkrieg zur atomaren Katastrophe führen müßte.

Tatsächlich ergibt sich unter den aktuellen Bedingungen, daß die Imperialisten einer direkten, massiven Konfrontation mit Gefahr einer atomaren Ausweitung aus dem Weg gehen müssen. Das bedeutet aber nicht, daß deshalb schon die Imperialisten an der Anwendung von Gewalt gehindert werden könnten. Es bedeutet vielmehr, daß die Imperialisten vorläufig andere Formen der Gewalt anwenden, die nicht zur massiven Konfrontation führen und unterhalb der "Atom-Schwelle" bleiben.

Die Legende vom "Realismus"

Gibt es überhaupt einen abstrakten Realismus, außerhalb der konkreten Klassenlage? Ganz sicher nicht. Da sich die Menschen jeweils in einer bestimmten Klassenlage befinden, so kann es keine für alle verbindliche Vernunft, Moral usw. geben. Ein Mensch handelt vernünftig und realistisch, wenn er seinen Klasseninteressen entsprechend handelt.

Der Kapitalist ist also realistisch, wenn er die Ausbeutung und damit seinen Profit zu steigern versucht, und der Arbeiter ist realistisch, wenn er sich dagegen zur Wehr setzt.

Es ist daher falsch, den "Realismus" der Kapitalistenklasse mit einer bestimmten Form des Regierens zu identifizieren - etwa in dem Sinne, daß die "gemäßigte" Methode

(Reformversprechungen und soziale Täuschungsmanöver bei relativ breiter Entfaltung der bürgerlichen Demokratie) immer auch die "realistische" ist. Unter Umständen kann gerade der Übergang zu terroristischen, repressiven Herrschaftsmethoden vom Standpunkt des Kapitals aus "realistisch" sein. In diesem Sinn ist z.B. das KPD-Verbot von 1956 ebenso "realistisch" wie seine teilweise Lockerung seit etwa 1967. Denn in beiden Fällen erreichte die Kapitalistenklasse zeitweise ihr Ziel. Ebenso ist der "Realismus" nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Gewalt. Die Anwendung von Gewalt unter gewissen Bedingungen kann für das Kapital ebenso "realistisch" sein wie der Verzicht auf Gewalt unter anderen Bedingungen. Vom Standpunkt der Imperialisten aus ist es durchaus "realistisch", die Konterrevolution in Indonesien, Griechenland, Sudan u. a. nach Kräften zu unterstützen.

Die Revisionisten indessen verabsolutieren das, was sie "Realismus" nennen. Sie identifizieren ihn ganz allgemein mit irgendeinem besonderen "gemäßigten", "um den Frieden besorgten" (so Chruschtschow über Präsident Kennedy!) "Flügel" der Kapitalistenklasse. Würde tatsächlich eine besondere "Fraktion" ("Flügel") der Kapitalistenklasse existieren, die auf Grund ihrer "nüchternen", "realistischen" Einschätzung der äußeren Kräfteverhältnisse zur friedlichen Koexistenz bereit ist, - warum sollte diese "Fraktion" dann nicht auch bereit sein, sich von den Arbeitern bef "nüchterner" Einschätzung des inneren Kräfteverhältnisses "schrittweise zurückdrängen" zu lassen? Bereit, auf einen Bürgerkrieg zu verzichten? Dann wäre es in der Tat überflüssig und sogar schädlich, die Frage der bewaffneten Konfrontation mit der Kapitalistenklasse auch nur zu diskutieren.

BÜRGERKRIEG ÜBERFLÜSSIG? — WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Und wirklich wird genau das von den Revisionisten behauptet: "Die neuen Bedingungen des Klassenkampfes, die durch den Einfluß des Sozialismus und die tiefen Widersprüche zwischen Monopolherrschaft und Volk entstanden sind, lassen Möglichkeiten entstehen, daß tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ohne die äußersten Formen der Gewalt, ohne bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg erzwungen werden können..." (BRD-Imperialismus, S. 624) "Es wachsen die realen Möglichkeiten, die reaktionären Kräfte zu hindern, Bürgerkriege und bewaffnete imperialistische Interventionen zu entfesseln." (BRD-Imperialismus, S. 629)

In These 21 wird erwähnt, daß der Imperialismus seit 1945 über 30 "kriegerische Konflikte" in aller Welt vom Zaun brach, "während der Frieden in Europa... erhalten blieb", und zwar angeblich deshalb, "weil hier dem Imperialisten die geschlossene Front der sozialistischen Staatengemeinschaft gegenübersteht." Diese Darstellungsweise "übersieht" die simple Tatsache, daß in dieser Zeit in zwei Ländern Europas, die an das "sozialistische Lager" angrenzen - nämlich Griechenland und Türkei - mit aktiver Unterstützung der NATO reaktionäre Regimes faschistischer Tendenz an die Macht gehoben wurden, daß in Frankreich und Italien ähnliche Unternehmen jederzeit versucht werden könnten, daß der britische Imperialismus einen Kolonialkrieg in Nordirland führt, daß in Spanien und Portugal die faschistische Diktatur nach wie vor existiert.

Es ist daher unsinnig, pauschal zu behaupten, man könne heute "den Imperialismus an der Anwendung von Gewalt hindern". Erinnert sei ferner an die Rolle der Imperialisten bei verschiedenen konterrevolutionären Staatsstreichen in Indonesien, Ghana, Marokko, Sudan, Bolivien u. a.

Es wurde bereits auf den Irrtum hingewiesen, aus der Anwendung verschiedener Formen der Kapitalistenherr-

schaft auf die Existenz verschiedener Fraktionen zu schließen, die jeweils die eine oder die andere Form bevorzugen würden. Allgemein wird dabei die "Rüstungsindustrie" mit jener "Fraktion" identifiziert, die repräsentativ nach innen und aggressiv nach außen sei, während die "gemäßigtere" Fraktion nicht näher benannt wird. Diese "Fraktionen"-Theorie verkennt die Verflechtung der Rüstungsproduktion mit allen Bereichen der monopolkapitalistischen Produktion. Diese Verflechtung ist gerade ein Kennzeichen des Imperialismus. Es gibt daher keinen Teil des Monopolkapitals, dem die Rüstungswirtschaft gleichgültig sein kann, ebensowenig wie es andererseits einen Teil gibt, der ausschließlich Rüstungs-Interessen verfolgen würde. Anders ausgedrückt: ein und derselbe Monopolkapitalist (z.B. Thyssen) ist sowohl an der Rüstung wie auch z.B. am "Osthandel" interessiert, sowohl an "Butter" wie auch an "Kanonen". Sieht man sich einmal die Kapitalisten an, die aus dem sich entwickelnden "Osthandel" die größten Profite ziehen, so sind das natürlich nicht die kleinen Krauter oder bestimmte Zweige der Konsumgüter-Industrie (z.B. Textil), sondern die Chemische und die Schwer-Industrie, d.h. dieselben, die im Rüstungsgeschäft aktiv sind.

Wen vertritt die SPD—FDP—REGIERUNG?

Es wäre besser, wenn nicht so viel über "Fraktionen" spekuliert, sondern die objektive Kapital-Entwicklung betrachtet würde. Hier zeigt sich nun, daß auch unter der SPD-Regierung die Konzentration des Kapitals anhält - wie ja auch in den Thesen richtig gesagt wird. Daß auf dieser Grundlage auch die Konzentration politischer Macht fortschreitet, ist zu vermuten und zeigt sich in der Tat. Auch das steht in den Thesen. Hier sei nur hingewiesen auf die Entwicklung des sogenannten "militärisch-industriellen Komplex", die in These 25 geschildert wird. Die Thesen erwähnen als besondere Maßnahmen der SPD/FDP-Regierung die Einsetzung eines militärischen Führungsstabes, "der praktisch einem neuen Generalstab entspricht". Die nächsten Sätze aus These 25 sollen wörtlich wiedergegeben werden:

"Mit der Ernennung des ehemaligen Wehrwirtschaftsführers, und Thyssen-Managers Mommsen zum Staatssekretär für Rüstungswirtschaft und der Errichtung eines Arbeitskreises für Rüstungsbeschaffung, dem die Vertreter der wichtigsten Rüstungskonzerne angehören... wird der militärisch-industriellen Komplex weiter ausgebaut. Die Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes ist Ausdruck einer neuen Stufe der Militarisierung und Aggressivität des deutschen Imperialismus und bringt ernste Gefahren für den Frieden in Europa mit sich."

Richtig. Aber wie kann man uns dann andererseits erzählen, daß sich in der SPD/FDP-Regierung die Herrschaft einer "gemäßigteren" "Fraktion" der Kapitalistenklasse ausdrückt, daß sich "reale Möglichkeiten zu Vereinbarungen über eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker Europas" (These 26) bieten? Das kann doch nur jemand behaupten, der seinen eigenen Analysen nicht traut. Oder sollte der Thyssen-Manager aus Gründen der "friedlichen Zusammenarbeit der Völker" ins Kriegsministerium geholt worden sein? Strebt Innenminister Genscher auf Wunsch eines "gemäßigten Flügels" der Kapitalistenklasse die Stärkung und Zentralisation der Polizei an? Oder auf wessen Wunsch?

Es ist offensichtlich, daß sich überall in den Thesen dort die Widersprüche auftun, wo das allgemeine revisionistische Geschwätz mit konkreten Analysen konfrontiert wird. Der Parteivorstand behauptet, den Arbeitern mit diesen Thesen eine "Antwort" gegeben zu haben. Aber was soll der Arbeiter sagen, dem erst von einer "neuen Stufe in der Militarisierung und Aggressivität des deutschen Imperialismus" erzählt wird, und dem dann gesagt wird, daß

sich nunmehr "reale Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden" ergeben? Das erzeugt keine Klarheit, sondern nur weitere Verwirrung.

Es entsteht der Eindruck, daß der Parteivorstand selbst nicht imstande ist, die z.T. widersprüchlichen Erscheinungsformen der imperialistischen Politik zu durchschauen und zu einer komplexen, allseitigen und umfassenden Einschätzung der Lage und zukünftigen Entwicklung der Dinge zu kommen.

Da wird z.B. ausgesagt, daß "im System imperialistischer Machtausübung... gegenwärtig das Bemühen in den Vordergrund getreten (sei), die Arbeiterklasse durch Reformversprechungen an das monopolkapitalistische System zu binden." (These 5). Richtig, aber das ist doch wohl eine Banalität. Daß das Bemühen heute im Vordergrund steht, kann jeder Arbeiter ohne weiteres sehen. Dazu braucht er die Kommunisten nicht. Aber die Arbeiter erwarten mit Recht nicht langatmige Erklärungen über die Dinge, die unübersehbar im "Vordergrund" stehen, sondern über das, was im Hintergrund vor sich geht.

IMPERIALISMUS BEREITET VERSCHÄRFT KLASSEN- AUSEINANDERSETZUNGEN VOR

Wir haben da also eine Regierung, die sich der Reformversprechungen bedient, die nicht so offen arbeiterfeindlich auftritt, wie das vielleicht eine Regierung der CDU/CSU tun würde, die das KPD-Verbot nicht so scharf anwendet, wie die Adenauer-Regierung während der 50er Jahre usw. Das ist die Oberfläche. Zugleich aber geht die Konzentration des Kapitals und der politischen Macht weiter. Hier werden von der SPD/FDP-Regierung eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen getroffen, vor allem, was die Bürgerkriegsvorbereitungen betrifft. Unter dem Schirm der reformerisch auftretenden SPD/FDP-Regierung betreibt die Kapitalistenklasse nicht einfach nur ihre alte Politik weiter, sondern bereitet sich sie sich sogar auf verschärfte Klassenauseinandersetzungen vor. Entsprechendes gilt für die Außenpolitik.

Nur Phantasten können hier vom Wirken einer "gemäßigteren Fraktion" des Kapitals reden, wo doch offensichtlich ist, daß sich hinter der "gemäßigten" Form ein äußerst aggressiver Inhalt verbirgt.

Dies also hätte eine Analyse deutlich zu machen: hinter der schein-reformerischen, liberalen Form des Regierens die Vorbereitung der Kapitalistenklasse auf eine Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen und den Übergang zu offen terroristischen Formen des Regierens. Das Gerede von den "Fraktionen des Kapitals" jedoch versperrt gerade den Blick auf diese Perspektive, statt zur Klärung beizutragen.

Wohin geht die Reise? Das ist die zentrale Frage der Arbeiter, auf die Kommunisten eine Antwort geben müssen. Die "Antwort" des DKP-Parteivorstandes auf diese Frage ist leichtfertig und oberflächlich. Wenn sich die Widersprüche des Imperialismus allseitig verschärfen - auch das wird in den Thesen gesagt (These 1), dann bedeutet das eben nicht "reale Möglichkeiten für den Frieden", "schrittweises Zurückdrängen" des Monopolkapitals und dergleichen. Es bedeutet vielmehr: das sehr rasche Herannahen umfassender und sehr scharfer Kämpfe, auf die die Arbeiterklasse zur Zeit noch verflucht schlecht vorbereitet ist.

IMPERIALISMUS GEHT AUF DIE KRISE ZU

Nehmen wir z. B. die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten, wie sie jetzt wieder in den Beschlüssen der US-Regierung deutlich geworden ist. Es wird dann klar, daß der Imperialismus sich einer sehr tiefen weltweiten Krise entgegenbewegt, deren Ende und Höhepunkt nicht abzusehen ist. Diese Entwicklung kann sich sehr schnell zuspitzen und scheint das auch zu tun. Das bedeutet aber: Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Daß die Arbeiter dieser Entwicklung spontan Widerstand leisten werden, steht außer Zweifel. Aber unter welchen Bedingungen werden sie diesen Kampf führen? Offenbar unter sehr schlechten Bedingungen, wenn wir von der gegenwärtigen Lage ausgehen.

Die deutsche Arbeiterklasse hat 1933 eine vernichtende Niederlage erlitten, als sie eine Kommunistische Partei mit einem Millionenheer von Mitgliedern und Anhängern besaß. Um wieviel schlechter wäre heute ihre Kampfposition!

Eine nüchterne und ehrliche Analyse müßte auch diese Seite des Verhältnisses zwischen den Klassen aufzeigen.

Es ist aber bezeichnend für die Thesen, daß darin überhaupt nicht von der Möglichkeit und Gefahr eines neuen Faschismus die Rede ist, und daß auch das sogenannte "Rechtskartell" nur beiläufig erwähnt wird. So wird die Perspektive einer endlos friedlichen Entwicklung gestellt, was nie und nimmer der Wirklichkeit entsprechen kann. Die ganzen Theorien über das "schrittweise Zurückdrängen", über "antimonopolistische Reformen" usw. gehen ja gerade aus von der Annahme einer friedlichen Entwicklung.

"Hier liegt der Hund begraben. Alle Ausflüchte, Sophismen, betrügerischen Fälschungen braucht Kautsky gerade, um über die gewaltsame Revolution hinwegzureden.... Der Imperialismus... zeichnet sich infolge seiner grundlegenden, ökonomischen Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, 'nicht bemerken', heißt, zu einem ganz alltäglichen Lakaien der Bourgeoisie hinabsinken." (Lenin, "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky").

Das Tolle ist, daß der DKP-Parteivorstand die Dinge durchaus "bemerkt", von der Entwicklung des Militarismus spricht (These 25) - dann aber trotzdem vom Frieden und der "Zurückdrängung" der Monopole schwätzt und die Möglichkeit einer bewaffneten Massenkollision mit dem Imperialismus verschweigt, die immerhin noch in der Grundsatzklärung vom April 1969 beim Namen genannt wurde. Ein solches Verhalten hat noch immer die Kräfte der Reaktion begünstigt und zu entscheidenden Niederlagen der Arbeiterbewegung beigetragen. (Indonesien, Griechenland, Sudan).

Wenn es richtig ist, daß jeder Schritt in Richtung "mehr Demokratie" mit den Grundinteressen des Imperialismus unvereinbar ist, dann ist zu erwarten, daß jeder derartige Schritt auf den äußersten Widerstand der Kapitalistenklasse treffen wird. Die Entwicklung des Imperialismus (Konzentration der ökonomischen und politischen Macht) hat zur Folge, daß die "Schwelle" immer niedriger wird, an der die Macht der Imperialisten in Frage gestellt ist und wo also die Imperialisten mit be-

waffneter Gewalt jeden Schritt in Richtung "mehr Demokratie" zu blockieren versuchen.

Gerade unter dem Schirm der liberalen SPD-FDP-Regierung sind die Vorbereitungen der Kapitalistenklasse auf eine solche Entwicklung intensiviert worden. Die Kapitalisten verfügen über beträchtliche Mittel, jede demokratische Regung abzuwürgen. Sie werden von diesen Mitteln zweifellos Gebrauch machen.

Man kann nicht "die Macht der Monopole zurückdrängen". Es sind die Monopole selbst, die jeden derartigen Versuch mit bewaffneter Gewalt zu unterdrücken versuchen. Es kommt dann unvermeidlich zur Massenkollision mit dem Imperialismus, und die Frage der Macht ist unmittelbar gestellt, d. h. die Frage nicht des "Zurückdrängens", sondern der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Es ist der Imperialismus selbst - und nicht irgendwelche "Dogmatiker" - der dazu zwingt, die Frage auf diese Weise zu stellen.

Das "veränderte Kräfteverhältnis"

Hier tritt nun bei den Revisionisten an Stelle einer realistischen Einschätzung die famose Theorie vom "veränderten Kräfteverhältnis in der Welt" und von der "Anziehungskraft des realen Sozialismus". Es wird so getan, als könnte sich innerhalb des Imperialismus eine Tendenz ("Flügel") durchsetzen, die sich mehr oder weniger "auf Grund des internationalen Kräfteverhältnis" mit dem eigenen Untergang abzufinden bereit ist, während auf der anderen Seite die "Anziehungskraft des realen Sozialismus" verhältnismäßig rasch und leicht zu einer revolutionären, d. h. gesellschaftsverändernden Entwicklung führt.

Zum ersten ist zu sagen, daß das "veränderte Kräfteverhältnis in der Welt" u. a. nicht verhindern konnte, daß sich in den letzten Jahren unmittelbar an den Grenzen des "sozialistischen Lagers", nämlich in Griechenland und der Türkei, Regimes mit faschistischer Tendenz durchgesetzt haben. Die Sowjetunion war nicht einmal in der Lage, die VAR gegen die israelische Aggression entscheidend zu unterstützen, obwohl sie zuvor eine derartige Hilfe versprochen hatte. Wir sehen, daß Israel erhebliche Teile des Territoriums der VAR besetzt hält, obwohl diese mit der Sowjetunion, "der wichtigste Garant des Friedens, der Sicherheit und des gesellschaftlichen Fortschritts" (These 17) verbündet ist.

Daß das internationale Kräfteverhältnis sich seit der russischen Oktoberrevolution und dem Sieg des chinesischen Volkes im Bürgerkrieg erheblich zuungunsten des Imperialismus verschoben hat, ist offensichtlich. Die Auswirkungen dieser Verschiebung sind jedoch begrenzt. Keineswegs kann davon die Rede sein, gegenwärtig die Imperialisten an der Entfesselung internationaler Konflikte oder an der Anwendung von Gewalt nach innen wirksam hindern zu können.

In den Thesen wird behauptet, die "Länder des Sozialismus" seien der "wichtigste Faktor des historischen Fortschritts und des antiimperialistischen Kampfes in der Welt". Unter diesen sei wiederum die Sowjetunion die "Hauptkraft... des Kampfes gegen den Imperialismus" (These 17).

Eine solche Einschätzung beinhaltet aber eine überhebliche, geringschätzige Einstellung gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen wie auch gegenüber dem Kampf der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Es wird geradezu so getan, als habe es in der Geschichte der Menschheit überhaupt nur ein Volk gegeben, das sich aus eigener Kraft seiner Kapitalisten entledigt hat, während alle anderen Völker nunmehr von der Hilfe der Sowjetunion abhängig seien. Ganz in diesem Sinn erklärte auf der 8. Tagung des DKP-Parteivorstandes (27. 2. 71) Willi Gerns:

"Wo wären denn Kuba und Chile ohne die Stärke der UdSSR? Könnten sich die Völker Indochinas ohne die wirksame sowjetische Hilfe so erfolgreich der amerikanischen Aggression erwehren?"

Hier werden also die Verhältnisse auf den Kopf gestellt, als sei nicht der Mensch mit seinem Kampf für Gesellschaftsveränderungen das Entscheidende, sondern das Material aus der Sowjetunion. Es ist aber genau umgekehrt! Ohne die Menschen, ohne die heroische Bereitschaft zum Einsatz selbst ihres Lebens im anti-imperialistischen Kampf sind die besten und modernsten Waffen nichts als ein Haufen Schrott. Schließlich ist der effektive Einsatz von Waffen auch abhängig vom gesellschaftlichen System.

So hat z.B. die VAR insgesamt kaum weniger, sondern eher mehr militärische Unterstützung von der Sowjetunion erhalten als Vietnam, vor allem was die Ausstattung mit modernsten Waffen angeht. Aber in den Händen der reaktionären Regierung der VAR sind diese Waffen ebenfalls kaum mehr als ein Haufen Schrott, während sie in den Händen des vietnamesischen Volkes zu tödlichen Waffen im antiimperialistischen Volkskrieg geworden sind.

Wir sagen daher, daß - wenn es überhaupt sinnvoll ist, von einer "Hauptkraft" im antiimperialistischen Kampf zu reden - dies unter den gegebenen Umständen ganz eindeutig die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind, die die Hauptlast des Kampfes tragen und dem Imperialismus die schwersten Schläge versetzen. Wir meinen indessen, daß die besondere Hervorhebung der einen oder anderen Seite als "Hauptkraft" überhaupt schädlich ist, weil sie nicht der engen Verschmelzung von nationalem Befreiungskampf, Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern und den Bestrebungen der sozialistischen Länder dient.

Keinesfalls kann die bloße Existenz der Sowjetunion oder auch der DDR die faschistische Gefahr in der BRD gegenstandslos machen oder auch nur einen entscheidenden positiven Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land ausüben, ebensowenig wie sie das im Falle Griechenlands und der Türkei konnte.

Der "reale Sozialismus"

In den Thesen ist wiederholt zu lesen, daß die DDR "wachsende Anziehungskraft in Europa und in der Welt ausübt" (These 18), eine "wachsende ideologische Ausstrahlungskraft" (These 37) entwickelt. Allgemein wird behauptet, daß die "Ausstrahlungskraft des Sozialismus... günstigeren Möglichkeiten für den Kampf um Frieden und demokratischen Fortschritt in unserem Lande" schafft (Einleitung zu den Thesen).

Tatsächlich schreckt aber das Beispiel der DDR die Arbeiter eher ab, als daß es sie anziehen würde. Das hat verschiedene Gründe, von denen sehr viele ihre Wurzel in der systematischen Diffamierung der DDR durch die Kapitalistenklasse haben, während einige Kritikpunkte objektive Berechtigung haben. Keinesfalls kann eine Einschätzung weiterhelfen, die in weltfremder Leugnung der Tatsachen von einer angeblichen "Anziehungskraft" der DDR ausgeht und daraus "günstigeren Möglichkeiten" für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse herzuleiten versucht.

Wie ist denn die "Ausstrahlungskraft" des Sozialismus", wenn z.B. im vergangenen Dezember Arbeiterunruhen in Polen blutig unterdrückt wurden, weil Parteiführung und Regierung unfähig waren, ihre Politik in Diskussion und Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse zu gestalten? Wie ist die "Ausstrahlungskraft des Sozialismus", wenn zwar nach den blütigen Zusammenstößen sehr scharfe Kritik an der Gomulka-Führung geübt wurde, aber offenbar niemand von Bedeutung in der polnischen Partei der Arbeit Einsicht, Mut und Gelegenheit hatte, diese Kritik rechtzeitig zu entwickeln?

Hierzu kommen die Ereignisse in der CSSR von 1968, die entscheidend auf das Bild wirken, das sich die Arbeiter unseres Landes vom Sozialismus machen. Eines "Sozialismus" nämlich, der ebenso wenig wie der Kapitalismus in der Lage zu sein scheint, innere Widersprüche anders als durch terroristische Unterdrückung der Volksmassen zu lösen. Bei dieser Lage der Dinge von "Ausstrahlungskraft des Sozialismus" daherschwätzen, ist eine offene antikommunistische Provokation.

Daß die Imperialisten sich hinter diese Widersprüche klemmen und durch wilde Hetze die Arbeiterklasse vom Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, vom Kampf um den Sozialismus abzubringen versuchen, ist selbstverständlich. Die Imperialisten lassen keine derartige Gelegenheit aus.

Kritik notwendig!

Aufgabe der Kommunisten ist, allen derartigen Verleumdungen entgegenzutreten. Das muß aber auch die notwendige Kritik an Vorgängen und Entwicklungen einbeziehen, die mit dem Sozialismus unvereinbar sind. Nur eine solche ehrliche Kritik kann einerseits die Verleumdungen des Imperialismus wirksam widerlegen und andererseits unser sozialistisches Ziel vor den Menschen glaubwürdig machen.

Die Revisionisten wollen diese Kritik nicht üben und können es wohl auch nicht. So greifen sie zum Mittel der Demagogie, indem sie kurzerhand jede Kritik insbesondere an der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion mit der Hetze der Kapitalisten und Rechtsradikalen in einen Topf werfen. So sprach z.B. Willi Gerns auf der 8. Tagung des Parteivorstands vom Angriff der "Strauß und Co." gegen die Sowjetunion und fuhr dann fort: "... In diesen Angriff reißen sich die unterschiedlichsten Kräfte ein, von den sozialdemokratischen Führern bis hin zu den trotzkistischen, ultralinken und maoistischen Verleumdern der Partei und des Landes Lenins."

Hier wird also, so getan, als sei die KPDSU sozusagen gegen Fehler jeder Art "imprägniert", weil sie "die Partei Lenins" ist. Die KPDSU hat schon zu Lebzeiten Lenins verschiedene Fehler gemacht, und es entsprach der revolutionären Aufrichtigkeit Lenins, schonungslos über solche Fehler zu sprechen. Die KPDSU hat erst recht nach dem Tode Lenins Fehler begangen, und es waren und sind unseres Wissens gerade die Revisionisten, die an diesen Fehlern eine weit über das Ziel hinausschießende, der Sache des Sozialismus schadenende Kritik seit dem XX. Parteitag der KPDSU geübt haben. (Kritik des "Stalinismus")

W. Gerns aber erklärte in der genannten Rede weiter:

"Wer gegen die Sowjetunion steht, gleichgültig mit welchen Gründen und mit welcher verbalen

Abgrenzung gegenüber dem Imperialismus auch immer, der steht objektiv, ob er will oder nicht, im Lager des Klassenfeindes."

Solche Äußerungen sind nicht Ausdruck der Stärke, sondern vielmehr der Schwäche des Revisionismus, der aus Mangel an Argumenten jeder sachlichen Diskussion ausweicht und jede Kritik "gleichgültig mit welchen Gründen" pauschal abdiffamieren muß.

Mit dieser Haltung wirken die Revisionisten dem Kampf der Kommunisten um die Gewinnung der Menschen für das sozialistische Ziel direkt entgegen und leisten dem Imperialismus Schützenhilfe bei deren Verleumdung des Sozialismus. Denn dem Imperialismus ist es nur recht, wenn der Parteivorstand der DKP in seinen Thesen die Entwicklung in der Sowjetunion, Polen, CSSR usw. völlig kritiklos, ohne jeden Ansatz einer kritischen Einschätzung, zum "Grundmodell" des Sozialismus überhaupt erhebt, das in diesen Ländern "verwirklicht" sei und offenbar vom Parteivorstand auch für die BRD angestrebt wird (These 40).

Nicht nur das Gesellschaftssystem der Sowjetunion, DDR usw. gilt als "Grundmodell", sondern auch die Durchführung der gesellschaftlichen Umwälzungen in den Volksdemokratien nach 1945. So schreibt Günther Judick in "Erwiderung auf eine Kritik an den PV-Thesen (UZ 4.9.71, S. 10) u. a.:

"Nach unseren heutigen Erfahrungen kann man davon ausgehen, daß strategische Zwischen- oder Übergangsetappen (also doch) zwischen Imperialismus und Sozialismus wahrscheinlich sind. ... Die DDR, die CSSR und andere Volksdemokratien durchliefen solche Übergangsetappen zum Sozialismus unter ganz bestimmten historischen Bedingungen."

Was kann uns das Beispiel der DDR, CSSR usw. für die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit sogenannter "Übergangsetappen" lehren? Überhaupt nichts! Denn durch die militärische Macht der Roten Armee war der Klassenkampf von vornherein zugunsten der Arbeiterklasse entschieden und die Bourgeoisie faktisch entmachtet. Das hatte gerade in der DDR

die schädliche Folge, daß die Umwälzung sozusagen 'zu leicht' war; so daß die werktätigen Massen nicht in der erforderlichen Weise für diese Umwälzung mobilisiert wurden. (Zu dieser Frage erscheint noch eine ausführliche Analyse - siehe Anzeige in diesem Heft).

Es ist unsinnig, die Entwicklung in einem Land unter militärischer Besetzung eines sozialistischen Landes zu vergleichen mit einem Land unter der Herrschaft des Imperialismus, wie also der BRD.

Das kann nur zu katastrophalen Fehleinschätzungen in Bezug auf die Möglichkeiten der "friedlichen Umgestaltung" durch Reformpolitik führen. Wer aber dauernd vom Kräfteverhältnis in der Welt spricht, das angeblich Möglichkeiten zur Vermeidung von Krieg und Bürgerkrieg schafft, der sei erinnert an die jüngsten Ereignisse in Sudan und Bolivien, wo in zwei Fällen die "demokratische Umwälzung" von der mit dem Imperialismus verbündeten Konterrevolution zerschlagen wurde. Illusionen werden niemals anders enden als in Katastrophen für die Arbeiterklasse.

Stimmen zur "Plattform" der Kommunisten für die Metall-Tarif-Kampagne

Auf die Plattform der Hamburger Konferenz zur Metall-Tarifkampagne haben sich die folgenden weiteren Organisationen vereinheitlicht:

- KB/ML Eutin
- KB/ML Lübeck
- KB Wilhelmshaven
- SALZ Cuxhaven
- SALZ Stade
- KAG Oldenburg

Von diesen waren KB/ML Eutin und KB/ML Lübeck bereits Teilnehmer der Hamburger Konferenz.

Die Kommunistische Gruppe (NEUES ROTES FORUM) Heidelberg und Mannheim teilte mit:

"Wir unterstützen die 'Plattform über die Aufgaben der Kommunisten in der kommenden Metallrunde'. Wir halten diese Plattform für eine geeignete Grundlage zur Vereinheitlichung der Praxis kommunistischer Gruppen bei den Lohnkämpfen im Herbst, und werden sie zusammen mit dieser kurzen Stellungnahme an die Gruppen weiterleiten, von denen wir annehmen, daß sie sich ebenfalls auf diese Grundlage stellen können. Diese Plattform leistet einen praktischen Beitrag in der Frage des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse und in der Frage einer korrekten Linie gegenüber der Gewerkschaft. Wir möchten zu einigen Punkten Stellung nehmen, nicht um das einheitliche Vorgehen in Frage zu stellen, sondern um einige Forderungen und Parolen zu konkretisieren und um die Diskussion weiterzuführen.

Die erste Parole "mindestens 120 DM für alle" haben wir als vereinheitlichende Forderung verstanden, die zusätzliche Anweisung, auch anderslautende Forderungen zu unterstützen, wenn sie aus den Betrieben heraus kommen oder von der IGM in der Arbeiterklasse durchgesetzt werden, haben wir dahingehend verstanden, daß vereinheitlichende Forderungen wichtigste Voraussetzung eines einheitlichen Kampfes sind. Darunter fällt z.B. die Forderung nach Absicherung des 13. Monatsgehaltes.

Die zweite Parole kann u. E. ergänzt werden durch die Forderung nach einem einseitigen Kündigungsrecht der IGM im Falle von Preissteigerungen über 5% o.ä.

Diese Forderung, die von den Hoesch-Vertrauensleuten aufgestellt wurde, ist auch geeignet, der trotzkistischen Forderung nach automatischen Lohnleitklauseln entgegenzutreten.

In der Begründung des Punktes 4 scheint uns notwendig zu sein, die Frage der kapitalistischen Krise zu konkretisieren in Bezug auf die Arbeitsplätze, insbesondere aufzuzeigen, daß die Arbeitsplätze nicht durch Verzicht auf den Lohnkampf gesichert werden können. An dieser Frage kann auch die Ideologie der Sozialpartnerschaft angegriffen werden.

Die fünfte Parole muß u. E. ergänzt werden durch die Parole "Gegen Lohnleitlinienpolitik", weil dadurch die Bedeutung der konzentrierten Aktion aufgezeigt werden kann.

Zu Punkt 7: Jede politische Schlichtung ist scharf anzugreifen. Eine ausführliche Diskussion haben wir über die Parole 8 und ihre Begründung geführt. Prinzipiell richtig scheint uns die klare Stoßrichtung gegen eine ultralinke Gewerkschaftslinie zu sein, wir haben jedoch Bedenken, ob diese Parole nicht Illusionen über die bestehenden Gewerkschaften und die Möglichkeiten

ihrer Veränderungen unterstützt. Gerade die Enttäuschung dieser Illusionen kann zu einer Linie gegenüber den Gewerkschaften umschlagen, die auf eine Erneuerung des RGO-Kurses führt, wie er schon von einigen Zirkeln vertreten wird. Deshalb erscheint es uns notwendig, die Parole im Zusammenhang mit der Begründung der 4. Parole aufzustellen - falls sie in dieser Form aufgestellt wird.

(Anmerkung: Parole 8 lautet: "Machen wir die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse" - Parole 4 lautet: "Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse")

Obwohl in der Agitation die Entlarvung der Politik der reaktionären Führung wichtigste Form der Aufklärung über die bestehenden Gewerkschaften ist, darf diese Frage nicht auf die reaktionären Führer beschränkt werden. Vielmehr ist der Gegensatz von Führung und Mitgliedern als objektiver Klassengegensatz von Lohnleiftlinienpolitik zur Profitsicherung und materiellen Interessen der Arbeiterklasse zu betonen. Die Parole bleibt darüber hinaus auch unscharf gegenüber Parolen über die Revolutionierung der Gewerkschaften, die auf einer falschen Auffassung über die Aufgaben der Gewerkschaften basieren."

Die SBPG/ML Aachen stimmte der Plattform ebenfalls grundsätzlich zu und erklärte u. a.:

"In der Einschätzung des Zentrums der gegenwärtigen Klassenkämpfe, der Entwicklung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in den letzten Jahren und der Hauptaufgabe einer politischen Kampagne in der Arbeiterklasse, stimmen wir mit den Aussagen der Präambel überein. Unausgewiesen und widersprüchlich ist dagegen die Aussage über die Strategie der Bourgeoisie und ihre Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsführung... Die Parole 8 ist insofern unrichtig, als die Gewerkschaften auch gegenwärtig durchaus eine Kampforganisation der Arbeiterklasse sind: eine schwache Organisation mit korumpierter Führung, die den wenig entwickelten Klassenkämpfen entspricht (es kann starke Organisationen der Arbeiterklasse nicht geben ohne gleichzeitigen entwickelten Klassenkampf). Richtiger müßte es also heißen: 'Machen wir die Gewerkschaften wieder zu einer starken Kampforganisation der Arbeiterklasse!' Darüber hinaus besteht bisher große Unklarheit bei den verschiedenen kommunistischen Zirkeln, inwieweit dieses Ziel erreichbar ist. Sind die Gewerkschaften heute durch den krassen Widerspruch zwischen Führung und Massen gekennzeichnet, so ergibt sich daraus zunächst die Konsequenz für die klassenbewußten Kollegen, innerhalb der Gewerkschaften für die Erreichung unmittelbarer Ziele (Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse) zu kämpfen. Dies verspricht unabhängig vom Zustand dieser Organisationen Erfolge, macht sie aber angesichts einer Führung, die ständig dazu neigt, die Arbeiterklasse zu verraten, noch keineswegs

zu einer starken Organisation. Ob es möglich ist, die Gewerkschaften zu revolutionären Massenorganisationen zu machen, ist noch nicht abzuschätzen.

Sicher ist, daß ein solcher Prozess nicht unabhängig vom Aufbau der KP gesehen und natürlich auch nicht angegangen werden darf.

Auf der anderen Seite besteht die Möglichkeit einer Stärkung des Reformismus in den Gewerkschaften, falls es nicht gelingt, diesen dialektischen Zusammenhang zwischen Parteiaufbau und Arbeit in den Gewerkschaften zu vermitteln und praktisch zu verwirklichen. Die Parole 8 läßt diese Wechselbeziehung außer acht. Sie ist nicht reformistisch, kann aber bei dem derzeitigen nur schwachen Einfluß der Kommunisten auf die Arbeiterbewegung sehr wohl zur Stärkung des Reformismus beitragen, also den rechten Opportunismus stärken, der in Punkt 9 zutreffend als Hauptgefahr für die 'Entwicklung der politischen und ideologischen Selbstständigkeit der Arbeiterklasse' hervorgehoben wird."

Die BPG Göttingen erklärte:

"In der 'Beratung kommunistischer Zirkel aus verschiedenen Städten Westdeutschlands und aus Westberlin über ein gemeinsames Vorgehen in der Metall-Tarifrunde' und der daraus entstandenen 'Minimalplattform für die Einschätzung der Klassenkämpfe der nächsten Zeit' sehen wir einen bedeutenden Ansatz zur Vereinheitlichung kommunistischer Zirkel, den wir unterstützen." Die Genossen kritisieren dann die Plattform in verschiedenen Punkten und meinen: "... Mit diesen Einschränkungen können wir der Plattform zustimmen. Es ist uns bewußt, daß diese Zustimmung durch die Bedenken stark relativiert ist. Wir wollen mit unserer Zustimmung und unseren Bedenken zum Ausdruck bringen, für wie notwendig wir eine weiterführende Diskussion zur Vereinheitlichung der Zirkel halten."

Die Kommunistische Initiative Köln erklärte:

"Wir begrüßen Eure Initiative zu einer Aktionseinheit der kommunistischen Kräfte in der Metalltarifrunde. Die Minimalplattform ist auch unsere Plattform. Wir stimmen ihr zu.

Darüber hinaus werden wir u. a. propagieren: Keine betriebsnahe Tarifpolitik (im Gegensatz also etwa zum KB Flensburg), die zur Spaltung der Arbeiterklasse beiträgt und geschlossene Fronten verhindert. Die Geschichte der Arbeiterbewegung liefert Beweise genug. Weiterhin gilt es klarzumachen, daß ein Tarifvertrag keine Sicherheit bietet für das Proletariat, und damit einhergehend heißt unsere Forderung: halbjährige Tarifverhandlungen..."

DIE HAMBURGER-KONFERENZ

— EIN WICHTIGER SCHRITT VORAN

(Stellungnahme des KB/ML Westberlin)

Die politische Bedeutung der Hamburger Konferenz wird von uns vor allem darin gesehen, daß die politische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen kommunistischen Organisationen erstmals seit dem Aufschwung der kommunistischen Bewegung dazu geführt hat, daß mit der Herstellung einer Aktionseinheit durch eine Reihe kommunistischer Organisationen

ein überregionales einheitliches Eingreifen in die spontanen Kämpfe ermöglicht wurde. Weiterhin ist damit ein erster wichtiger Schritt vollzogen, die lokale Borniertheit der Arbeit dieser Organisationen zu durchbrechen, und einen Prozess der gegenseitigen Überprüfung, der Abgrenzung und Vereinheitlichung einzuleiten.

Entscheidend dafür war einmal ein einheitliches Grundverständnis dieser Organisationen in der Frage des Aufbaus der Kommunistischen Partei, das heißt ein Verständnis, das davon ausgeht, daß der Parteaufbau nicht von der realen Klassenkampffentwicklung zu trennen ist, sondern daß eine erste Verankerung der Kommunisten in der Arbeiterklasse, sowie die Herausbildung einer kommunistischen Programmatik der schließlichen Gründung der Partei vorausgehen haben. Weiterhin besteht Einigkeit in der Einschätzung der westdeutschen Gewerkschaften, sowie in der strategischen Zielbestimmung kommunistischer Gewerkschaftspolitik, wie sie auch in der Plattform zum Ausdruck kommt.

Das sind die wesentlichen Fragen, bei denen ein einheitlicher politischer Standpunkt zu verzeichnen war. Damit ist letztendlich die politische Basis angegeben, die die Herstellung dieser Aktionseinheit ermöglichte. Wir sind allerdings nicht der Meinung, daß die unterzeichnenden Organisationen schon den gesamten Kreis derer umfassen, mit denen eine Zusammenarbeit auf dem Boden dieser Plattform möglich ist.

Über unsere Differenzen

ZUM VERHÄLTNISS VON ÖKONOMISCHEM UND POLITISCHEM KAMPF

Um jedoch einer Überbewertung der Ergebnisse der Hamburger Konferenz vorzubeugen, sind hier jedoch auch die entscheidenden Differenzen zu benennen, die im Zuge der Auseinandersetzung zur Herstellung dieser Aktionseinheit zu Tage traten.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand die Frage nach dem Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf. Es war festzustellen, daß über das Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf Unklarheiten herrschten. Es galt die Genossen zu kritisieren, die ausgehend von den aktuellen Inhalten der spontanen Arbeiterbewegung diese falsch aufnehmen und den ökonomischen Abwehrkampf tendenziell zum Hauptinhalt der Politik der Kommunisten machen. Damit übersehen

sie, daß der Klassenkampf von Seiten der Bourgeoisie immer in erster Linie als politischer geführt wird, und daß die Kommunisten die Aufgabe haben, die Arbeiterklasse auf die Führung umfassender politischer Kämpfe gegen den bürgerlichen Staat vorzubereiten.

Ebenso mußten die Genossen kritisiert werden, die nur vom politischen Kampf gesprochen haben und die Bedeutung der ökonomischen Kämpfe für die Bildung von proletarischem Klassenbewußtsein nicht sehen. Das politische Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse kann nicht aus den bloß ökonomischen Abwehrkämpfen heraus entstehen; es kann aber auch nicht massenhaft ohne die Erfahrungen dieser ökonomischen Abwehrkämpfe entstehen.

Jede mechanistische Trennung und Gegenüberstellung von ökonomischem und politischem Kampf bei der Entstehung von politischem Klassenbewußtsein als einem historischen Prozess, muß damit kritisiert werden. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß sich der Klassenantagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital sowohl ökonomisch als auch politisch äußert. Marx und Lenin haben immer wieder darauf hingewiesen, daß der Prozess der Bildung des Proletariats zur Klasse wesentlich bestimmt wird durch die in den Erfahrungen der ökonomischen Abwehrkämpfe erfolgende Durchbrechung des Lohnfetischs, der Durchbrechung des Gleichheitsfetischs und damit der fundamentalen Erfahrung der sozialen Ungleichheit von Lohnarbeit und Kapital. Diese Erfahrungen im Produktionsprozess sind außerordentlich wichtig für die Durchbrechung der Mystifikationen in der politischen Sphäre: Politische Gleichheit, Demokratie usw., und damit auch für den politischen Kampf der Arbeiterklasse, der ohne Durchbrechung der Mystifikationen nicht zum sozialistischen Kampf vorstoßen kann. Deshalb ist es grundfalsch, die Bedeutung des ökonomischen Kampfes für die Entfaltung des politischen Kampfes herabzusetzen. Die zukünftige Verschärfung der ökonomischen und politischen Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie wird zeigen, wie im realen historischen Prozess ökonomische und politische Kämpfe der Arbeiterklasse in Wechselwirkung stehen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, die Position des entweder-oder zu kritisieren und die Notwendigkeit der Allseitigkeit der Agitation und Propaganda und des Kampfes der Kommunisten und der Arbeiterklasse zu unterstreichen.

Zum antifaschistischen Kampf

Eine weitere wichtige Frage, in der wir Differenzen zwischen uns und einigen Genossen feststellen mußten, war die Einschätzung der Bedeutung des antifaschistischen Kampfes beim jetzigen Stand des Klassenkampfes. Die schematische Übernahme der Positionen des VII. Weltkongresses und nicht die Analyse der wirklichen Klassenbewegungen und der Zuspitzung der internationalen Widersprüche begründet bei einigen Genossen den antifaschistischen Kampf als Mittelpunkt des politischen Kampfes. Bei einigen Genossen besteht die Gefahr, daß sich der antifaschistische Kampf zur Etappe dem sozialistischen Kampf gegenüber verselbstständigt.

Wir sehen uns einer ahistorischen Betrachtung des Faschismusproblems gegenüber, die die einschneidenden Veränderungen der Klassenstruktur in der BRD unberücksichtigt läßt:

die mögliche Massenbasis einer faschistischen Bewegung ist mit den traditionellen Mittelklassen des Kleinbürger- und Bauerntums im Schwinden begriffen aufgrund der objektiven kapitalistischen Bewegung.

Die Entwicklung des Staatsapparates, der bürgerlichen Parteien, der enormen Internationalisierung des Kapitals und die relative Stärkeposition der Bourgeoisie in der

BRD zeigen uns, daß die Kapitalistenklasse auf absehbare Zeit die parlamentarische Form der bürgerlichen Diktatur nicht aufgeben wird und sich dennoch die zum Kampf gegen die Arbeiterklasse und zur Zerschlagung kommunistischer Organisationen notwendigen staatlichen Unterdrückungsinstrumente schaffen wird. Das Arsenal terroristischer Maßnahmen im Rahmen der parlamentarischen Herrschaft ist noch unausgeschöpft. Aus diesem Grund wird in den nächsten Jahren der demokratische Abwehrkampf der Arbeiterklasse als Element des sozialistischen Kampfes von der Arbeiterklasse und den Kommunisten geführt werden müssen. Auch der Kampf gegen faschistische Tendenzen ordnet sich hier ein; nur im Rahmen des sozialistischen Kampfes findet er seinen Stellenwert. Unsere propagandistische Tätigkeit muß die Beziehung der parlamentarisch-demokratischen und der offenen terroristischen Form der Diktatur der Bourgeoisie und deren gesellschaftliche Bedingungen herausarbeiten und so das Proletariat auf mögliche Veränderungen der Herrschaftsform anhand der wirklichen Bewegung vorbereiten. Damit wird deutlich, daß die Plattform Ausdruck eines noch relativ niedrigen Standes der politischen Vereinheitlichung ist, und noch nicht mehr als eine Aktionseinheit zur Metalltarifrunde bedeutet.

DIE BEDEUTUNG DER AKTIONSEINHEITSPOLITIK IN DER PHASE DES PARTEIAUFBAUS

In dem Maße, wie in den kommenden Auseinandersetzungen die gemeinsame politische Basis erweitert wird, kann die Aktionseinheit zwischen den Organisationen ihren punktuellen Charakter überwinden und eine Zusammenarbeit zwischen den Organisationen in allen wichtigen politischen und theoretischen Fragen eingeleitet werden. Damit kann die regionale Beschränktheit und die Zersplitterung der Organisationen überwunden, ein gegenseitiger Lernprozess und gegenseitige Kontrolle ermöglicht werden, sowie Momente der politischen Zentralisierung der Klassenkämpfe, und damit erste Schritte zur Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse vollzogen werden. Darüberhinaus schafft sie eine Möglichkeit, auf einer möglichst breiten Basis von Erfahrungen wesentliche Elemente einer kommunistischen Programmatik zu entwickeln, die aus der regionalen Arbeit allein, deren Erfahrungen nicht ergänzt und kontrolliert werden, nicht zu entwickeln sind.

Der KOMMUNISTISCHE BUND/ML wird seine Anstrengungen zu einer Abklärung der entscheidenden politischen Fragen zwischen den kommunistischen Organisationen intensivieren, um den momentan nur möglichen punktuellen Charakter von Aktionseinheit zu überwinden. Diese Politik der Aktionseinheit ist damit ein wesentliches Moment unserer Anstrengungen im Hinblick auf den Aufbau der kommunistischen Partei. Sie grenzt sich klar ab von Parteigründungen, die als weitgehend formalorganisatorische Zusammenschlüsse anzusehen sind, die sich in voluntaristischen Akten über die objektiven Bedingungen des Aufbaus der kommunistischen Partei hinwegsetzen.

Die Kommunistische Partei kann nicht einfach gegründet werden, sondern die Schaffung und schließlich Gründung der Partei ist Ausdruck der Zentralisierung und Vereinheitlichung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der wachsenden Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und spontaner Arbeiterbewegung, die die Kommunisten voranzutreiben haben.

Kurze Anmerkung der Redaktion

Die Diskussion über den antifaschistischen Kampf wird von den Genossen des KB/ML Westberlin leider falsch dargestellt.

Es gab auf der Hamburger Konferenz niemanden, der den antifaschistischen Kampf zum "Mittelpunkt des politischen Kampfes" machen wollte. Das war deshalb auch gar nicht Gegenstand der Diskussion. Die "Front" verlief vielmehr zwischen denen, die die Frage des Faschismus für aktuell halten und entsprechend den antifaschistischen Kampf zum Bestandteil ihrer Agitation und Propaganda machen - und auf der anderen Seite jene Genossen, die erklärten, sie hätten "über den Faschismus noch nicht gearbeitet" (was sie nicht hinderte, trotzdem zu diesem Thema mitzureden und den Faschismus für bedeutungslos abzutun).

Die Genossen des KB/ML Westberlin vereinfachen die Frage, wenn sie praktisch behaupten, es könne in der Zukunft keinen Faschismus mehr geben, weil die kleinbürgerliche Massenbasis in Fortfall sei.

① Ist nach unserer Einschätzung die kleinbürgerliche Massenbasis ebenso wenig unbedingtes Kennzeichen des Faschismus wie z.B. der Anti-Semitismus. Wir verstehen unter Faschismus die offen terroristische Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung durch die Imperialisten, unabhängig von besonderen Erscheinungsformen.

② Ist die Aussage über den Fortfall der kleinbürgerlichen Massenbasis ohnehin fragwürdig. Ein Blick auf die Statistik zeigt, daß die Massenbasis (Mitglieder und Wähler) schon der NSDAP nicht in erster Linie die Kleinproduzenten (Bauern, Händler) waren, sondern die "Mittelschichten" aus Beamten, Angestellten, Lehrer und Juristen usw. Diese "Mittelschichten" sind in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung nicht im Schwinden begriffen, sondern nehmen prozentual zu. Es müßte also gezeigt werden, daß diese - objektiv proletarischen, d.h. lohnabhängigen - Mittelschichten nicht bei einer Verschärfung der Widersprüche für den Faschismus mobilisierbar wären. Dieser Beweis dürfte schwerlich zu führen sein.

Wir meinen vielmehr, daß eine solche Entwicklung durchaus im Bereich des Möglichen liegt, besonders in einer Schwächesituation der Arbeiterklasse.

Im Übrigen sei darauf verwiesen, daß die Aktualität des antifaschistischen Kampfes nicht abstrakt aus den Thesen des VII. KI-Kongress ergibt - die im Einzelnen höchst fragwürdig sind - sondern aus der objektiven Entwicklung des Imperialismus, also einerseits der zunehmenden Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht, und andererseits der Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des Imperialismus, der Krisenentwicklung auf dem Weltmarkt, der Einengung des Spielraums der Imperialisten durch die nationalen Befreiungsbewegungen usw.

Zur Problematik des antifaschistischen Kampfes werden wir demnächst in einer besonderen Broschüre weitere Ausführungen machen und verschiedene Texte zur Diskussion abdrucken.

KAB ARBEITER
ZEITUNG

September 1971

Herausgeber: Gruppe KOMMUNISTISCHER
ARBEITERBUND Hamburg

Anschrift: Joachim Welsch
2 Hamburg 39
Alsterdorfer Str. 375 c

Postscheckkonto: J. Welsch
Hamburg 3490 22

Druck: asta-druck Hamburg Tel: 410 30 64

Die KAB-ARBEITERZEITUNG erscheint
jeweils in der ersten Hälfte des Monats

Preis -.70 DM
Halbjahresabonnement. 4.20 DM
(jeweils einschließlich Porto)

Abonements und Versand einzelner
Nummern nur gegen Voreinsendung
des Betrags in Briefmarken oder
Vorüberweisung auf das obige Post-
scheckkonto.

Aktionseinheit in Gefahr?

Zwei Teilnehmer der Hamburger Konferenz, nämlich der Kommunistische Bund Bremen und der Kommunistische Bund Göttingen, haben sich mit einer Erklärung an die Mitglieder der Aktionseinheit zur Metall-Tarif-Kampagne gewandt.

Die Erklärung enthält einen konzentrierten Angriff gegen das SALZ Hamburg, dem u.a. "konterrevolutionäre Machenschaften" unterstellt werden - d.h. in einer Sprache, wie sie nicht üblich ist gegenüber Partnern der Aktionseinheit, sondern im Kampf mit dem Feind. In einer weiteren Erklärung wird das SALZ Hamburg gar als "Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse" bezeichnet.

Worum geht es nun? In der Erklärung der KB Bremen und Göttingen heißt es dazu u.a.:

"Die bisherige Entwicklung des Tarifkampfes und die Arbeit der Kommunisten darin zeigt, daß die in der Plattform der Aktionseinheit entwickelte Linie und die Einschätzungen, die ihr zugrunde liegen, richtig sind. Die Linie der Plattform leitet die Kommunisten an, den Kampf, den die westdeutsche Arbeiterklasse jetzt führt und die Bedingungen dieses Kampfes ernst zu nehmen und weiter zu entwickeln.

Die Einhaltung dieser Linie setzt als selbstverständlich voraus, daß die Kommunisten im Kampf stehen. Die Kommunisten bleiben niemals als Betrachter außen vor, sie bleiben unter allen Bedingungen im Kampf und treiben kämpfend revolutionäre Realpolitik.

Die Politik, die die Führung des SALZ Hamburg seit Beginn des Tarifkampfes durchzusetzen sucht, steht im offenen Widerspruch zu dieser Linie der Plattform der Aktionseinheit. DAS SALZ-HAMBURG STEIGT AUS DEM KAMPF DER ARBEITERKLASSE AUS.

Die Zehnprozent-Forderung, mit der sich die Gewerkschaftsführung in Hamburg durchsetzen konnte, wird von den Genossen vom SALZ gar nicht erst als Kampfgrundlage für die Hamburger Arbeiterklasse aufgenommen. 'Wir stellen vielmehr die Forderungen von Hoesch, Klöckner, Siemens u.a. dem gegenüber. Damit wollen wir den Hamburger Arbeitern Forderungen aufzeigen, die der kommenden Verschärfung ihrer wirtschaftlichen Lage entgegenwirken und sie auf die Kampfbereitschaft der Kollegen in anderen Bezirken hinweisen.' (SALZ).....

Obwohl die SALZ-Führung aus dem Kampf der Arbeiterklasse ausgestiegen ist, geht es darum, gerade jetzt, den selbstständigen Kampf der Arbeiterklasse auch in Hamburg zu führen, den die SALZ-Führer verraten haben. Die Zehnprozent-Forderung ist in Hamburg der Boden, von dem aus der Tarifkampf geführt werden muß..."

In der Erklärung der KB Bremen und Göttingen heißt es abschließend, daß am 11./12. September in Göttingen eine "Konferenz" stattfinden soll, zu der "alle Organisationen der Aktionseinheit" eingeladen seien, um "die bürgerliche Linie des SALZ zu verurteilen, Bilanz zu ziehen und die Aktionseinheit zu bekräftigen."

Der KAB Hamburg verschickte zu dieser Erklärung den folgenden Rundbrief an die Mitglieder

der Aktionseinheit:

"Genossen! Der KB Bremen und der KB Göttingen haben sich mit einer Erklärung 'gegen die Spalterlinie' an die Gruppen und Organisationen der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde gewandt. In dieser Erklärung werden unter anderem die Vorwürfe erhoben, 'das SALZ Hamburg steigt aus dem Kampf der Arbeiterklasse aus', 'SALZ-Führer wollen Aktionseinheit spalten', und schließlich gar der Vorwurf von 'Machenschaften der Konterrevolution innerhalb der Aktionseinheit' als Vorwurf gegen das SALZ.

Kern der Erklärung ist das Verhalten des SALZ Hamburg zur 10%-Forderung der TK Hamburg für die kommenden Tarifverhandlungen. Das SALZ Hamburg hat unmittelbar nach Bekanntwerden dieser unzureichenden Forderung der TK im METALLARBEITER die 10%-Forderung als "Entscheidung über unsere Köpfe hinweg" entschieden kritisiert. Auf die Kampfforderungen der Kollegen von Hoesch Dortmund wurde in diesem Zusammenhang agitatorisch hingewiesen.

Der KB Bremen und KB Göttingen behaupten, daß dieses Vorgehen nicht vereinbar sei mit der vereinheitlichten Plattform zur Metalltarifrunde, wo es heißt:

'Sollten aus den Betrieben heraus anderslautende einheitliche Forderungen aufgestellt werden oder sollte die IGM-Führung Forderungen in der Arbeiterklasse durchsetzen, werden wir diese aufnehmen und unterstützen...'

Der KB Bremen und der KB Göttingen werfen dem SALZ Hamburg vor, es hätte die 10%-Forderung der TK Hamburg 'als Kampfgrundlage für die Hamburger Arbeiterklasse' aufnehmen und propagieren müssen. Die Kritik an dieser Forderung im METALLARBEITER sei ein Versuch, des SALZ Hamburg, 'die Gewerkschaften zu spalten' (!).

Die Argumentation von KB Bremen und KB Göttingen übersieht zweierlei:

1. Es konnte bei der Herausgabe des METALLARBEITERS nicht davon ausgegangen werden, daß die Forderung der TK in der Hamburger Arbeiterschaft "durchgesetzt" gewesen wäre. Beweis dafür sind die Beschlüsse der VLK verschiedener Hamburger Metall-Betriebe (vgl. Rundbrief Nr. 4), in denen die Forderung kritisiert wird. Insofern befand sich der Vorschlag der TK (diese hat bekanntlich nur Vorschläge zu machen) noch in der Diskussion, sodaß es angebracht war, in diese Diskussion noch einzugreifen.
2. Die TK Hamburg hat sich vor den anderen TK entschieden, das heißt, in dieser Tarifrunde gewissermaßen die Rolle des regionalen Vorreiters gespielt. Es war also richtig, vor Beschlußfassung der TK in den anderen Tarifbezirken die Hamburger Forderung als gegen die Arbeiterinteressen gerichtet zu kritisieren.

Diese Umstände lassen es unserer Einschätzung nach für richtig und angemessen erscheinen, daß die Zeit zwischen Beschluß der TK Hamburg und Aufstellung der Forderungen durch die IGM (dies geschah einige Tage später) sowie der Durchsetzung dieser Forderung in der Arbeiterschaft für eine Agitation und Propaganda im Sinne weitergehender Forderungen aus den Betrieben zu nutzen.

Soweit unsere bisherige Einschätzung des Streitpunkts auf Grund der uns bisher vorliegenden Informationen.

Darüber hinaus scheint es uns aber so, daß KB Bremen und KB Göttingen mit ihrer Erklärung den schlecht beratenen Ver-

such unternommen haben, aufgrund punktueller und zweifellos kameradschaftlich zu diskutierender Differenzen in ganz unverhältnismäßiger Weise das SALZ Hamburg anzugreifen und die Aktionseinheit zu spalten.

Der bisherige Verlauf der Metalltarifrunde sowie auch die in der Aktionseinheit aufgetretenen Differenzen lassen es ratsam erscheinen, daß die beteiligten Gruppen gegebenenfalls unter Hinzuziehung weiterer Gruppen - zu einem zweiten Treffen zusammenkommen. Ungeeignet erscheint uns allerdings das Vorgehen des KB Bremen und des KB Göttingen, im Alleingang eine 'Konferenz' für den 11./12. September einzuberufen, deren Hauptstoßrichtung erklärtermaßen gegen das SALZ gerichtet sein soll.

Mit kommunistischem Gruß

KAB Hamburg

Weitere

Stellungnahmen

Das SALZ Hamburg setzt sich ausführlich mit der Bremer/Göttinger Erklärung in einer eigenen Stellungnahme auseinander. Abschließend wird festgestellt: "Der KBB und der KBG charakterisieren die Politik des SALZ als 'Machenschaften der Konterrevolution'. Ist es da nicht konsequent, den Versuch zu unternehmen, die Träger dieser Politik zu liquidieren?"

Die Bremer und die Göttinger Gen. haben mit ihrer 'Erklärung' diesen untauglichen Versuch unternommen. Damit setzen sich die Genossen über ihr eigenes Postulat der 'revolutionären Realpolitik' hinweg.

Noch mehr: Mit dem Versuch, das SALZ mit Tricks und Verleumdungen aus dem Aktionsbündnis zu drängen, greifen die Genossen die Basis der Aktionseinheit selbst an.

Diese Basis sehen wir in der grundsätzlichen Bereitschaft aller an der Aktionseinheit Beteiligten, möglicherweise (oder notwendigerweise) auftretende Differenzen in bolschewistischem Geist zu diskutieren - Kritik mit dem Ziel zu leisten, auftauchende Fehler und Mängel zu beheben und damit zur Festigung des Bündnisses beizutragen....

Das SALZ-Hamburg hält es für notwendig, die aufgetretenen Differenzen in der Aktionseinheit mit allen teilnehmenden Organisationen auf einer zu diesem Zweck einzuberufenden Konferenz zu diskutieren. Es sollte der Versuch gemacht werden, die mit der 'Erklärung des KBG und des KBB' in Frage gestellte Einheit wieder herzustellen."

Der KB/ML Eutin schreibt in seiner Erklärung "WER SIND DIE WIRKLICHEN SPALTER?" :

"Die in der vergangenen Woche vom KB Bremen und KB Göttingen veröffentlichte 'Erklärung' gegen eine angebliche 'Spalterlinie' in der Aktionseinheit ist ohne Zweifel selbst Ausdruck erklärten Spaltertums... Der Überrumpelungsangriff der KBB und KBG hat schließlich in jedem Fall Methode und ist Geschäft - bürgerliche Methode der Demagogie und Geschäft des Spaltertums. Nicht von ungefähr wird gerade das SALZ als der stärkste marxistisch-leninistische Zirkel Norddeutschlands angegriffen und wird gezielt versucht, die Führung des SALZ zu diskreditieren ('SALZ-Führer') auf eine Art und Weise, die völlig an die Gewohnheit und das Ansinnen der DKP (z.B. in Hamburg) erinnert..."

Das SALZ -Bremerhaven schreibt u.a. :

"Der KBB ist der Aktionseinheit nicht beigetreten, um auf solidarischer Grundlage den Abgrenzungs- und Vereinheitlichungsprozeß der beteiligten Gruppen voranzutreiben und dem Kampf der Arbeiterklasse unter den gegebenen Bedingungen des Zirkelwesens so gut wie möglich zu organisieren, sondern, um es überspitzt auszudrücken, dem SALZ Hamburg 'wieder mal eins auszuwischen' und sich in dem von ihm schon seit längerem inszenierten 'Städte Turnier' zwischen Hamburg und Bremen 'ein paar Punkte zusammenzuganern'. Was dahinter steckt, ist klar: die mit allen Mitteln vorangetriebene Durchsetzung eines eingebildeten Führungsanspruches des KBB im norddeutschen Raum... Der Vorwurf der Fraktionsmacherei und Spalterpolitik fällt so auf den KBB selbst zurück. Wir fordern alle Organisationen der Aktionseinheit auf, den dreisten Spaltungsversuch des KBB zu verurteilen und sich nicht an der Göttinger Spalterkonferenz zu beteiligen. Eine von allen Organisationen getragene Konferenz zur Diskussion der Vorfälle ist zum nächst möglichen Termin einzuberufen..."

Der KB/ML Flensburg schließt sich den Vorwürfen der KB Bremen und Göttingen gegen das SALZ weitgehend an und schreibt dann :

"... Diese gefährliche Tendenz (in der Politik des SALZ Hamburg) muß eingehend kritisiert und hart bekämpft werden; darin stimmen wir mit dem KBB und dem KBG voll überein. Wir müssen aber dabei das Ziel haben, eine wirkliche Abspaltung des SALZ und anderer Organisationen von der Aktionseinheit, eine wirkliche Liquidierung des politischen Inhalts der Plattform durch das SALZ zu verhindern. Geht man bei der Kritik am SALZ nicht vom Wunsch aus, die Einheit auf der Grundlage der Plattform auf höherer Ebene wiederherzustellen, und gibt man dem SALZ keine Gelegenheit zur Selbstkritik, dann wird man schließlich selbst zum Spalter der Aktionseinheit.

Deshalb lehnen wir es auch ab, an der Konferenz in Göttingen am 11.9. teilzunehmen. Denn diese Konferenz soll offensichtlich das Ziel haben, das SALZ aus der Aktionseinheit auszuschließen, womöglich noch in seiner Abwesenheit, und ihm vor der politischen Klärung die technische Leitung der Aktionseinheit zu entreißen. Solche Konsequenzen treiben die Spaltung der Aktionseinheit, nicht den politischen Klärungsprozess voran.

Deshalb schlagen wir vor, am darauf folgenden Wochenende, dem 18./19. 9. eine Konferenz in Hamburg einzuberufen. Bis dahin sollten sich alle Organisationen der Aktionseinheit entsprechend vorbereiten. Diese Konferenz sollte das Ziel haben, die Widersprüche innerhalb der Aktionseinheit auf solidarischem Wege zu lösen und die Aktionseinheit zu bekräftigen."

Der KB/ML Westberlin schreibt u.a. :

"Am 5.9. ist uns ein Rundbrief des KAB Hamburg zugegangen, der von einer Erklärung des KB Bremen und KB Göttingen 'gegen die Spalterlinie' des SALZ Hamburg berichtet. Ohne den genauen Wortlaut der KBB/KBG-Erklärung zu kennen (da uns ihr Papier nicht vorliegt) halten wir ihre Vorwürfe gegenüber dem SALZ Hamburg für ungeheuerlich. Ihre Formulierungen (zitiert im KAB-Brief) entsprechen nicht denen einer solidarischen Auseinandersetzung in der Aktionseinheit, sondern begeben sich auf das Niveau eines spalterischen Sektenstreites, wie er bisher nur der inhaltsleeren Polemik der linkssektiererischen 'Parteien' um einen formalen Führungsanspruch zu eigen war..."

WAS STECKT HINTER DEN ANGRIFFEN GEGEN DAS SALZ ?

In der Einschätzung des Angriffs von KBB und KBG gegen das SALZ Hamburg sind zwei Dinge auseinanderzuhalten :

1. Der konkrete Streitpunkt - das Verhalten der Kommunisten zur 10%-Forderung der IGM-Spitze
2. Der prinzipielle Hintergrund des Angriffs

Wir halten den konkreten Streitpunkt für weitgehend an den Haaren herbeigezogen. Selbst wenn hier vom SALZ Hamburg Fehler gemacht worden wären, so wären Angriffe in dieser Schärfe ("Agentur der Bourgeoisie", "konterrevolutionäre Machenschaften", Forderung nach Ausschluß aus der Aktionseinheit) überhaupt noch nicht gerechtfertigt.

Das ist von den meisten Organisationen, die sich zu dieser Auseinandersetzung inzwischen zu Wort gemeldet haben, richtig erkannt worden.

Worum es geht, haben inzwischen KBB und KBG mit einer zweiten Stellungnahme selbst klar gemacht.

Sie unterscheiden darin zwischen Organisationen, die Fehler machen einerseits und solchen, die konsequent eine falsche Linie verfolgen andererseits. Bei den letzteren wird anerkannt, daß es Zirkel gibt, "deren konsequent vertretene falsche ideologische Linien Ausdruck der Unentwickeltheit und Unerfahrenheit der kommunistischen Bewegung sind". Grundsätzlich anders sei es - so behaupten KBB und KBG - mit dem SALZ Hamburg, denn dessen "Politik können wir zusammenfassend nur als konterrevolutionär kennzeichnen. Die SALZ-Führung ist eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse."

Im weiteren werden dann von KBB und KBG Ausführungen gemacht, die eine kontinuierliche Arbeit des SALZ Hamburg als Agentur der Bourgeoisie beweisen sollen:

"Die SALZ-Führer haben in den letzten Jahren durch alle Phasen der Bewegung hindurch unter den unterschiedlichsten ideologischen Leitlinien versucht, möglichst große Teile der Bewegung aufzusaugen und organisatorisch-technisch von sich abhängig zu machen. Das Gewicht, das die SALZ-Führer sich durch diese Manöver innerhalb der Bewegung verschafft haben, benutzen sie, um in entscheidenden Momenten der kämpfenden Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen..."

Nach Darstellung des KBB und KBG handelt es sich um eine förmliche Verschwörung mit einer ganz bestimmten Zielsetzung, die beharrlich "durch alle Phasen der Bewegung hindurch" verfolgt wurde - d.h. um eine bewußte provokatorische Betätigung im Stil der Urbach & Co. Die Formulierung von der "Agentur der Bourgeoisie" meinen KBB und KBG offenbar durchaus wörtlich.

In ihrem Sinn ganz konsequent, fordern KBB und KBG in ihrem zweiten Rundschreiben :

"Die Arbeiterklasse muß Mittel und Wege finden, diese Angriffe der Bourgeoisie (gemeint ist das SALZ !) erfolgreich abzuwehren. Es ist mit eine Aufgabe der Beratung der in der Aktionseinheit zusammengeschlossenen kommunistischen Zirkel, gegen eine derartige Herausforderung der Bourgeoisie Kampfmethoden zu entwickeln."

Das ist nun eine Sprache, wie wir sie vom KBB und KBG nicht einmal gegen die Revisionisten gewöhnt sind.

Was bezwecken KBB und KBG mit ihrer Kampagne gegen das SALZ Hamburg ?

Offenbar ist der konkrete Streitpunkt nur ein Vorwand. Er tritt zurück hinter den Angriff auf die gesamte Politik des SALZ Hamburg in den letzten Jahren.

Wenn der KBB und KBG derart schwerwiegende Bedenken gegen die gesamte Politik des SALZ Hamburg als angeblicher "Agentur der Bourgeoisie" haben - warum wird das erst jetzt und gerade jetzt zur Sprache gebracht ?

Niemand hat den KBB und KBG gezwungen, sich auf eine gemeinsame Plattform zu stellen mit Leuten, die sie für Konterrevolutionäre halten. Es ist jedenfalls seltsam, wenn KBB und KBG die Aktionseinheit sprengen wollen mit Argumenten, die doch offenbar nicht ganz neu sind.

Es ist überhaupt nicht zu begründen, daß die KB Bremen und Göttingen bei einer derartigen Einschätzung des SALZ Hamburg eine Aktionseinheit in dieser Form - d.h. als Vereinheitlichung kommunistischer Zirkel auf eine gemeinsame Plattform - eingegangen sind. Auf der Hamburger Konferenz jedenfalls war keine Rede von den Angriffen gegen das SALZ Hamburg, wie sie jetzt plötzlich aus dem Hinterhalt gestartet worden sind.

Vor der Hamburger Konferenz haben mehrere Gespräche zwischen KAB Hamburg und KB Bremen stattgefunden. Hierbei wurde auch über die Politik des SALZ gesprochen. Weitgehend einig waren wir uns in der Kritik der Schwankungen und des Opportunismus des SALZ, der ungenügenden theoretischen Arbeit. Zu keinem Zeitpunkt haben aber bei diesen Gesprächen die Vertreter des KBB das SALZ auch nur annähernd in der offen feindseligen Form angegriffen, zu der sie jetzt übergegangen sind.

Uns scheint, daß den Genossen vom SALZ Bremerhaven zuzustimmen ist, wenn sie einschätzen, daß KBB und KBG der Aktionseinheit in erster Linie beigetreten sind, um ihren Angriff auf das SALZ Hamburg vorzubereiten. Die in der Frage der kommunistischen Agitation (Hoesch-Forderungen, 10% usw.) aufgetretenen Widersprüche (Regensburg, München u.a.) sind nichts als ein Vorwand, um eine von langer Hand vorbereitete Kampagne gegen das SALZ Hamburg zu starten.

Der KBB sucht die von ihm längst vorbereitete "Entscheidungsschlacht um den Führungsanspruch im Norddeutschen Raum" in einer Situation, wo alle Kräfte auf die Metall-Tarifikampagne konzentriert werden müßten (wo ein wirklicher Angriff der Bourgeoisie vor sich geht!), und wo überdies die DKP-Führung eine üble Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Hamburger Kommunisten führt, und zwar mit Vorwürfen, die denen des KBB und KBG aufs Haar gleichen.

Über die objektive Bedeutung dieses Angriffs sollte unter Kommunisten Klarheit bestehen.

Wir halten es demnach illusorisch, die Aktionseinheit mit KBB und KBG in der bisherigen Form, das heißt als Vereinheitlichung kommunistischer Zirkel, wieder zusammenflicken zu wollen.

ZWEI, DREI, VIELLE PARTEIEN ?

Vor einigen Wochen haben erneut einige Leute eine "Kommunistische Partei" gegründet. Es handelt sich dabei um einen örtlichen Zirkel, der - aus der Studentenbewegung hervorgegangen - seit Anfang 1970 unter dem Namen "KPD-Aufbauorganisation" in Westberlin aktiv war. Die Gruppe ist der Meinung, in Zukunft "unter dem historisch einzig richtigen Namen" einer "Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) firmieren zu müssen.

Wie entsteht die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse? Nach Meinung der Westberliner Gruppe "KPD" folgendermaßen: einige Studenten gründen eine "Aufbauorganisation", "nachdem Fragen der zukünftigen Berufstätigkeit von Studenten und der langfristigen politischen Verpflichtung geklärt sind" (gemeint ist die westberliner akademische Diskussion über die "revolutionäre Berufsperspektive"). Diese Gruppe muß dann "die Kritik der Studentenbewegung und die Selbstkritik entfalten". Sie muß ihre Organisation "den Massen bekanntmachen". Zu diesem Zweck wird sie "in ausgewählte Westberliner Fabriken" einige Studenten als "Untersuchungsgruppen" schicken, "deren erste Schritte darin bestehen, zu überprüfen, ob die Bedingungen zur Aufnahme einer Untersuchungstätigkeit mit Hilfe der Klassenanalyse günstig sind oder nicht". Diese Studenten werden dann "durch persönlich zu führende Ermittlungsgespräche" mit den Arbeitskollegen "Voruntersuchungen führen". "Aus den Ergebnissen solcher Gespräche ist zu entnehmen, welche Arbeiter die Ausbeutung am stärksten erfahren. ... Mit diesen Arbeitern ist die Zelkaufzubauen, wenn sie Mitglieder der KPD/AO geworden sind". Durch eine "Arbeiterschulung" machen dann die Studenten aus gewöhnlichen Arbeiter "Arbeiterkader". Ähnlich sollen "Zellen" in den Stadtteilen durch Studenten aufgebaut werden.

"Höchstes Ziel muß die Umwandlung der von Studenten und Intellektuellen geführten Organisation in eine proletarische Organisation sein", wobei der "Motor" dieser Umwandlung natürlich ebenfalls die Studenten sind. (Wiedergabe dieses Konzepts nach der Vorläufigen Plattform der "KPD/AO" vom Februar 1970).

Entsprechend dieser Konzeption heißt es jetzt in der Programmatischen Erklärung der "KPD": der Aufbau der Kommunistischen Partei ist heute die "Hauptaufgabe der besten Elemente des Proletariats und aller entschiedenen Marxisten-Leninisten aus den Reihen der revolutionären Intelligenz".

Hier spukt immer noch die Vorstellung, daß die "entschiedenen Marxisten-Leninisten", d.h. der "Kopf" der Bewegung von der "Intelligenz" gestellt werden müssen, während die Arbeiterklasse ihre "besten Elemente" beisteuert, sozusagen als schlagkräftige "Faust" der Bewegung.

STOP dem Größenwahn !

An solchen "Parteien" herrscht bekanntlich kein Mangel, sondern eher schon ein Überfluß. Als sie 1970 die "KPD-Aufbauorganisation" gründete, schrieb die Gruppe in ihrer "Vorläufigen Plattform":

- "Gegenwärtig kann noch keine revolutionäre Organisation den Anspruch erheben, sich KPD zu nennen.
- Denn das Prinzip der organisierten Klassenanalyse,

die Verankerung der künftigen Partei in den Massen, nimmt gerade erst ihren Anfang. Die ideologische und organisatorische Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung kann von uns nur dann erfolgreich in Angriff genommen werden, wenn wir die praktische Arbeit aufnehmen, die Organisation konsolidieren, und auf der Grundlage einer eigenen politischen Erfahrung im Klassenkampf die Vereinheitlichung betreiben können."

Diese Sätze sind nunmehr "korrigiert" worden. In der "Programmatischen Erklärung der KPD" (abgedruckt: Rote Fahne, Juli 1971) heißt es, daß es falsch gewesen sei, sich nicht gleich "KPD" zu nennen, denn "es trifft nicht zu, daß die verschiedenen Etappen in der Stärkung und Reifung der kommunistischen Partei sich jeweils in entsprechenden Namen niederschlagen." Trotz des "falschen" Namens sei aber die Gruppe von ihrer Gründung im Februar 1970 an die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gewesen, denn - wie es in der "Programmatischen Erklärung der KPD" heißt - "die KPD-Aufbauorganisation hat vom Tage ihrer Gründung an ihre revolutionäre Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten des Volkes wahrgenommen."

Was es damit auf sich hat, kann getrost dem Urteil der Arbeiterklasse überlassen bleiben. Richtig ist es allerdings, wenn die Gruppe Anspruch auf eine gewisse "Kontinuität" erhebt. Denn der Größenwahn, der sich jetzt in der Benennung als "KPD" niedergeschlagen hat, war schon "vom Tage ihrer Gründung an" unverkennbar. Er zeigte sich bereits in der Benennung als "KPD-Aufbauorganisation", also im Anspruch eines örtlichen westberliner (!) Zirkels, die Kommunistische Partei der westdeutschen (!) Arbeiterklasse aufzubauen.

Die Gruppe scheint zu keinem Zeitpunkt begriffen zu haben, worin die führende Rolle der Kommunistischen Partei besteht. Wird doch schon in der "Vorläufigen Plattform der KPD/AO" von der "Durchsetzung des Führungsanspruchs" gesprochen und wird dort als wesentliche Aufgabe bezeichnet, "die Organisation den Massen als führenden Kern der Bewegung bekannt zu machen".

Der "führende Kern" existiert also, nur wissen es "die Massen" noch nicht. Daher muß er sich ihnen "bekannt machen". Logischerweise müßte der "führende Kern" eine Werbe-Agentur damit beauftragen, ihm ein passendes Image zu basteln und Public Relation "unter den Massen" zu machen.

In diesem Punkt sind sich die Sektierer alle im Lager einig. Am "konsequentesten" dabei die DKP, die sich gerne plattester Werbe-Sprüche bedient ("Da muß roter Pfeffer ran", "die Rote kommt" usw.)

Die Sektierer bangen weit mehr um ihre "Attraktivität", als um die Richtigkeit ihrer politischen Linie. Mag die Politik noch so miserabel sein - solange sie nur "attraktiv" "dargestellt" wird.

Hauptsache man findet für seine Äußerungen die "starke Beachtung der Öffentlichkeit" - wie Mies sich auf der 8. Tagung des PV der DKP im Februar ausdrückte. Wie Mies meint, kommt es darauf an, daß sich die DKP "in ihrer Rolle bestätigt", und ihr Pech, wenn sie dabei "nicht die notwendige Beachtung in der Öffentlichkeit" findet. "Die Erweiterung unseres Einflusses wird wesentlich davon abhängen, daß der Nachweis von der gesellschaftlichen Notwendigkeit der DKP alle Äußerungen der Partei zu politischen und sozialen Fragen durchdringt" - d.h. Propaganda der eigenen Daseinsberechtigung als wesentliche Aufgabe!